Nr. 17 ★ 16. Jahrgang

Stuttgart, 25. April 1908

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag. Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart. Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Zum Tarifabschluß.

Mit dem Abschluß von 23 örtlichen Tarifverträgen von der zu diesem Zwecke gebildeten interlokalen Schlichtungskommission in Leipzig ist die Frühjahrstarifkampagne in der Holzindustrie beendet worden. Noch ehe die Entscheidung in Leipzig fiel, war auch im Schreinergewerbe sowie für die Parkettlegerbetriebe in München eine Einigung erzielt worden, so daß alle bis zum 1. Mai dieses Jahres gekündigten größeren Tarifverträge nunmehr erneuert worden sind. Wenn damit auch noch nicht die Lohnbewegung für dieses Jahr beendet ist, so ist die bedeutungsvollste Arbeit doch wohl geleistet, und es rechtfertigt sich, auf den bereits zurückgelegten Weg einen kurzen Rückblick zu werfen.

Für viele unserer Leser, das muß jetzt betont werden, bedeutet dieser Ausgang der diesjährigen Frühjahrstarifkampagne eine Überraschung. Denn nicht wenige unter uns hatten sicher damit gerechnet, daß es auch in diesem Jahre zu einem schweren Kampf kommen würde. Die Maßnahmen des Schutzverbandes ließen das Schlimmste befürchten. So wurde in den wenigen Orten, wo die Verträge bereits am 1. Januar oder wenig später abliefen, von den Unternehmern Vertragsverhandlungen geflissentlich aus dem Wege gegangen, was eine Verschärfung der ohnedies gespannten Situation zur Folge hatte. In den Kreisen unserer Kollegen mußte man zu dem Schlusse kommen, daß es den Unternehmern um eine friedliche Beilegung der Differenzen überhaupt nicht zu tun sei, und man richtete sich allgemach darauf ein. Auch das Verhalten der Unternehmer bei den „Friedens"verhandlungen in Berlin deutete auf Sturm; die Kollegen mußten all das Um und Auf der Konferenz als eine schwere Provokation zum Kampf empfinden.

Auch das Verhalten der Unternehmer in den folgenden Wochen und Monaten ließ keine anderen Schlüsse zu, als daß es ihnen nur auf eine Aussperrung auf der ganzen Linie ankomme. Zunächst war wieder von Verhandlungen keine Rede; die Unternehmer erschöpften sich lediglich in dem Bemühen, der Bewegung eine möglichst große Ausdehnung zu geben. Herr Fobbe wie Herr Rahardt wurden auf Reisen geschickt, um eine Reihe größerer, dem Schutzverband noch fernstehender Orte für diesen zu gewinnen. Die Herren arbeiteten mit gutem Erfolg, und sie erreichten tatsächlich, daß in die diesjährige Tarifkampagne einige größere Orte mit hineingezogen wurden, die noch im Herbst für dieselbe nicht in Frage gekommen waren. Mittlerweile war an Tarifverhandlungen immer noch nicht zu denken, und selbst als es in Stuttgart nach teilweise stürmischen Verhandlungen zu einer Einigung gekommen war, waren in den übrigen an der Bewegung beteiligten Orten einem Vertragsabschluß seitens der Unternehmer so viel Hindernisse bereitet worden, daß sogar die auf den 24. Januar nach Leipzig einberufene Konferenz im letzten Augenblick abgesagt werden mußte. Auch in der Folge blieben die Unternehmer ihrer bisherigen Taktik treu, keinerlei Zugeständnisse zu machen, selbst auf die Gefahr hin, daß es zum Bruch komme; in einigen Orten verhielt sich das Unternehmertum unseren Kollegen gegenüber direkt provozierend, in Wiesbaden und Frankfurt a. M. wurde teilweise sogar die Kündigung der Arbeiter vollzogen. Was Wunder, daß man in den Kreisen unserer Kollegen mit einem großen Kampfe in diesem Frühjahr als mit einer feststehenden Tatsache rechnete, und daß man sich auf diesen Kampf allgemach einrichtete.

Daß es trotz alledem zu einem friedlichen Abschluß der Bewegung gekommen ist, hat deshalb nicht wenig überrascht. Es waren die einfachsten Vernunftgründe, die die Führer hüben wie drüben vor dem Kampfe, der Anwendung der Ultima ratio, zurückschrecken ließen. Kein Zweifel, für die Unternehmer war die Situation zum Kampfe im allgemeinen recht günstig. Die ungünstige Geschäftslage bot ihnen mehr als je eine günstige Aussicht auf eine erfolgreiche Durchführung einer Massenaussperrung. Der Arbeitsmarkt flaute immer mehr ab, auch die Aussicht auf einen großen Kampf im Baugewerbe bot den Unternehmern günstige Chancen. Daß sie schließlich doch einlenkten und es auf einen Kampf nicht ankommen ließen, war wohl in der Hauptsache den üblen Erfahrungen zu danken, die sie in den letztjährigen Kämpfen gemacht haben, besonders in Berlin. Dort haben die Unternehmer durch die letzten Aussperrungen schwere geschäftliche Nachteile erlitten; die Geschäftsflaue, die zurzeit in der Berliner Möbelindustrie herrscht, ist dafür Beweis genug. Nicht viel anders wäre es ihnen wohl in diesem Jahre ergangen, wenn sie einen Kampf inszeniert hätten. Der Deutsche Holzarbeiterverband hätte, das wußten die Führer des Schutzverbandes gut genug, alle seine Reserven ins Feld geführt, und da war der Ausgang des Kampfes bei der großen Opferwilligkeit unserer Kollegen für die Unternehmer immerhin zweifelhaft. Schließlich mußten sie den Arbeitern doch Zugeständnisse machen, und sie hatten dann neben der Aussicht auf einen Pyrrhussieg oder gar auf eine Niederlage noch erhebliche geschäftliche Schädigungen mit in Kauf zu nehmen. Diese Erwägungen waren es wohl, welche die Führer des Schutzverbandes veranlaßten, trotz aller zur Schau gestellten Kampfesstimmung die Bewegung auf friedlichem Wege zum Abschluß zu bringen.

Von ähnlichen Erwägungen haben sich aber wohl auch unsere Kollegen leiten lassen, als sie sich den Entscheidungen des Schiedsgerichtes in Leipzig unterwarfen. Auch ihre Haltung erklärt sich allein aus der ganzen Ungunst der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Wir haben an manchen Orten mit einer so großen Arbeitslosigkeit zu rechnen, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Beispielsweise sind jetzt noch in Berlin über 3200 Kollegen arbeitslos, drei- und viermal so viel Kollegen als in den Zeiten einer günstigen Geschäftskonjunktur. In anderen Orten ist die Geschäftslage etwas günstiger, aber immer doch noch so flau, daß die einfachsten Rücksichten auf die Kollegen und die Organisation zu einer vorsichtigen Taktik nötigten. Es darf schließlich nicht außer acht gelassen werden, daß unsere Position durch die Bewegung im Baugewerbe von vornherein ungünstig beeinflußt war. In einer solchen Situation in 23 zum Teil der größten Städte einen Kampf aufzunehmen, das wäre ein gewagtes Stück gewesen. Ein Erfolg war in diesem Kampf sehr ungewiß, im günstigsten Falle erreichten wir dabei doch nur das, was wir in Leipzig durch friedliche Vereinbarungen erreicht haben, aber mit Riesenopfern. Gegenüber allen diesen Eventualitäten, mit denen wir im Falle eines Kampfes sicher zu rechnen hatten, war der friedliche Abschluß der Bewegung schließlich der gangbarste Weg.

Wir sind die letzten, die diesen Abschluß als einen „großen Erfolg" ansprechen möchten. Große Erfolge sehen anders aus, aber große Erfolge erringt man nun einmal nicht in der Zeit einer niedergehenden Geschäftskonjunktur. In solchen Zeiten führt man keine Lohnkämpfe, und die Kollegen der meisten Orte hätten wohl auch in diesem Jahr an keine Lohnbewegung gedacht. Nur die Taktik des Arbeitgeberschutzverbandes, alle Verträge zu kündigen, um in das Arbeitsvertragswesen größere Einheitlichkeit zu bringen, hat den Kollegen in diesen 23 Orten zu einem Neuabschluß ihrer Verträge und zu Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse verholfen. Daß diese Erfolge sich zum Teil in bescheidenen Grenzen bewegen, ist nach der ganzen Situation nur zu erklärlich. Schließlich dürfen die Kollegen nicht vergessen, daß diese Bewegung nach [illegible] Verhältnissen und den Ergebnissen des einzelnen Ortes zu beurteilen ist, hier standen größere Interessen in Frage, und der Ausgang der ganzen Tarifkampagne läßt sich deshalb nur von diesen höheren Organisationsinteressen aus beurteilen. Nach alledem kann man sagen, daß keine Veranlassung vorliegt, über diesen Abschluß zu triumphieren, daß wir aber einen Erfolg errungen haben, der sich immerhin sehen lassen kann.

Daß das ohne Kampf möglich war, ist nach Lage der Sache ein nicht zu unterschätzender Gewinn. Wir wissen gut genug, daß wir diesen Abschluß im Grunde genommen nur unserer Kampftüchtigkeit verdanken, wir wissen auch, daß es nicht für alle ewige Zeiten in unserem Gewerbe so friedlich zugehen wird wie in den Tagen von Leipzig, deshalb freuen wir uns doch dieses friedlichen Abschlusses. Ein Kampf in der jetzigen Zeit hätte nicht nur den Unternehmern riesig geschadet, er hätte auch den Arbeitern und ihrer Organisation tiefe Wunden geschlagen. Allein daß es gelang, diesen Kampf zu vermeiden und einen gangbaren friedlichen Abschluß zu finden, das ist ein Gewinn. Allen den Männern, die an diesem Friedenswerk mitgewirkt haben, gebührt unser wärmster Dank. Diesen Dank haben sich insbesondere auch die Mitglieder der Schiedskommission wie der Leiter derselben, Freiherr v. Berlepsch, der unermüdlich und unverdrossen die Parteien zu nähern sich bemühte, in reichem Maße verdient. Aber auch unsere Führer, die in Leipzig mit viel Geschick unsere Interessen vertreten haben, sollen dieses Dankes teilhaftig werden. Sie haben sich um unsere Sache große Verdienste erworben.

Vergessen wir aber auch bei der Würdigung dieser Bewegung nicht unsere Organisation, die allein uns diesen Erfolg ermöglicht hat. Ihr werden wir künftig wieder unser ganzes Interesse zuwenden müssen, sie gilt es zu stärken und zu festigen. Denn im Grunde genommen sind wirtschaftliche Erfolge in der Holzindustrie künftig doch nur möglich mit einer wohlgerüsteten, starken Organisation, und wir bereiten nur größere Erfolge vor, wenn wir an dem Ausbau unseres Verbandes rege tätig sind. Arbeiten und agitieren wir also fleißig für den Verband zum Wohle der deutschen Holzarbeiter.

Ein Mahnruf.

n. Das Unternehmertum hat sich, von verschwindenden Ausnahmen im einzelnen abgesehen, gegen die Errichtung von Arbeitskammern ausgesprochen. So lächerlich gering nun auch die Zugeständnisse sind, die der von der Regierung dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf den Arbeitern macht, so genügt diese Geringfügigkeit für das scharfmacherische Unternehmertum, die Arbeitskammern zu verwerfen. Die „Post", die im Geiste ihres ehemaligen Herrn und Meisters, des Freiherrn v. Stumm das alte Scharfmachergeschäft mit unverminderten Kräften fortsetzt, findet diese „vollkommene Übereinstimmung" in den Kreisen der Arbeitgeber „hoch erfreulich". Aber, so meint das Blatt, damit sei ein Erfolg noch nicht gesichert:

„Die übereinstimmende Auffassung unserer Arbeitgeberkreise wird sich nur dann mit Erfolg durchsetzen können, wenn dahinter auch das nötige Maß von politischer Macht steht. Die Voraussetzung dafür bildet aber wiederum eine politische Organisation der gewerblichen Arbeitgeber, durch welche allein unserer Industrie und sonstigen gewerblichen Arbeitgeberschaft der nötige politische Einfluß gesichert werden kann. Wieviel man auf diesem Wege erreicht, zeigt das Beispiel des Bundes der Landwirte. Wollen Industrie und Gewerbe einen ähnlichen politischen Einfluß auf unsere öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, wie ihn die Landwirtschaft längst besitzt, so werden sie sich diese zum Muster nehmen und sich vor allen Dingen nach Art des Bundes der Landwirte politisch organisieren müssen."

Und in einem weiteren Artikel kommt die „Post" nochmals auf den Gedanken zurück. Das Blatt weist auf die bevorstehenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus hin und hebt dabei hervor, ein wie dankbares Feld der Tätigkeit diese den Industriellen in der angegebenen Richtung darböten. Dabei heißt es: „So wertvoll die wirtschaftlichen Interessenvertretungen von Industrie und Handel auch sind, so genügen sie doch erfahrungsgemäß nicht mehr, um den Arbeitgebern dieser Zweige unseres heimischen Erwerbslebens den ihnen gebührenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung und demzufolge die volle Wahrung ihrer berechtigten Interessen in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung zu sichern. Dieses Ziel wird nur erreicht werden können, wenn die gewerbliche Arbeitgeberschaft sich zu politischer Tätigkeit organisiert."

Wenn man der „Post" glauben dürfte, wären die Unternehmer in Deutschland politisch völlig macht- und einflußlos, mangelte es ihnen an jeder Gelegenheit, ihre Interessen, sei es der Regierung gegenüber, sei es im Parlament, genügend zu wahren. Nun weiß aber jeder, der nur einigermaßen mit den Verhältnissen vertraut ist, daß die Dinge wesentlich anders liegen. Der Einfluß der Herren von der Industrie und der Finanz auf die Besetzung der hohen Regierungsstellen bis zum Minister hinauf steht fest — man braucht nur an gewisse Vorkommnisse und Bekenntnisse aus dem Zentralverband deutscher Industrieller zu denken, um das einzusehen. Weiter aber ist zur Genüge bekannt, daß die Schlot- und Börsengewaltigen einzelne Parteien völlig beherrschen. Die Nationalliberalen und Freikonservativen sind des Winkes der Großindustrie, die Freisinnigen der Wünsche des Börsen- und Handelskapitals allzeit gewärtig, weil ihr Bestand als Partei von der finanziellen Beihilfe dieser Kreise abhängig ist. Und so „antikapitalistisch" sich die Konservativen und die Ultramontanen auch gelegentlich gebärden, sie hüten sich wohlweislich, den Interessen des Unternehmertums zu nahe zu treten — dafür sind auch in diesen Parteien diejenigen Kreise genügend vertreten, die am kapitalistischen Getriebe beteiligt und infolgedessen darauf bedacht sind, alles fernzuhalten, was die Mehrung des Profits gefährden könnte.

Nein, in Deutschland braucht sich das Unternehmertum wahrhaftig nicht über den Mangel an politischem Einfluß zu beklagen; der völlige Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung besagt in dieser Beziehung gerade genug. Bei der Rückständigkeit und Anmaßung der kapitalistischen Kreise ist es aber zu verstehen, daß sie der Meinung sind, es geschehe ihnen immer noch Unrecht, sie seien immer noch benachteiligt gegenüber anderen Bevölkerungsklassen, namentlich den Arbeitern, ihr politischer Einfluß müsse gestärkt werden, wenn nicht die wirtschaftlichen Interessen des Unternehmertums Schaden leiden sollen. Diese Anschauung ergibt sich aus den Äußerungen der „Post", und es ist zu verstehen, daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung", die sich nicht gern von jemanden in der brutalen Vertretung

der Unternehmerinteressen den Rang ablaufen läßt, diesen Äußerungen „vollinhaltlich“ zustimmt. Es sei die höchste Zeit, schreibt die „Arbeitgeber-Zeitung“, daß mit der theoretischen Erwägung über die Notwendigkeit energischer Vertretung der industriellen und gewerblichen Interessen endlich Schicht gemacht und zur Praxis übergegangen werde. Und nun stimmt das Blatt folgenden Klagegesang über die Beeinträchtigung der Unternehmer- und die Bevorzugung der Arbeiterinteressen an:

„Immer mehr stellt es sich heraus, daß die sozialpolitische Gesetzgebung den Parteien zum Spekulationsobjekt dient, mit dessen Hilfe sie ihren Besitzstand zu erhalten und zu vergrößern suchen. Ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Tragweite ihrer Beschlußfassung wetteifern sie in dem Bestreben, die Lohnarbeiterschaft gesetzlich zu privilegieren. . . . Man braucht die Wählermassen, und damit basta; der Zweck ist wichtig genug, um das Mittel zu heiligen. Wie ein Sprühregen ergießen sich demzufolge über das deutsche Volk Verordnungen und Resolutionen, die das gewerbliche Leben in spanische Stiefel einzuschnüren bestimmt sind. . . . So treibt denn das Gebaren der gesetzgebenden Körperschaften die gewerbtätige Allgemeinheit rettungslos Zuständen entgegen, deren wirtschaftliche Konsequenzen kaum hinter denen zurückzubleiben drohen, wie sie ein Obsiegen der phantastischen Projekte des revolutionären Sozialismus zur Folge haben müßte, wenn nicht noch in letzter Stunde das deutsche Unternehmertum sich auf seine Verpflichtung zu entschiedener Teilnahme am öffentlichen Leben besinnt und die ihm eignenden politischen Machtmittel in wirklich zweckentsprechender Weise zur Anwendung bringt!“

Es ist gewiß richtig, daß die bürgerlichen Parteien, insbesondere das Zentrum, die soziale Gesetzgebung hauptsächlich als Spekulationsobjekt benutzen, daß sie ihre Resolutionen und Anträge nur als Lockmittel für die Wählermassen einbringen. Um so grundloser ist aber die Furcht des Unternehmertums vor dieser Art „Sozialpolitik“, die kaum über das Stadium der Versammlungsreden, Zeitungsartikel und Parlamentsdebatten hinauskommt, weil die bürgerlichen Parteien gar nicht ernstlich an ihre Durchführung denken. Indessen, es ist eine bekannte Praxis der Scharfmacher, die Gefahr der Dinge, wenn Unternehmerinteressen in Frage kommen, zu übertreiben und die Dinge so darzustellen, als ob in Deutschland die Sozialpolitik mit Volldampf betrieben, jede Rücksicht auf das Unternehmerinteresse beiseitegesetzt und von Regierung und Parlament mit Absicht und Bewußtsein in den sozialistischen Zukunftsstaat hineingesteuert würde. So verfährt auch die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ als Wortführer des scharfmacherischen Unternehmertums. „Das muß anders werden,“ schließt das Blatt sein Klagelied über die Beeinträchtigung der Arbeitgeberinteressen, und als Weg zu einer Änderung der Verhältnisse empfiehlt es „jene Taktik, die das landwirtschaftliche Unternehmertum mit Glück und Geschick befolgt hat.“ Die gewerblichen Arbeitgeber sollen den parlamentarischen Fraktionen ihre feste Absicht bezeigen, auf die Zusammensetzung der Volksvertretung einen bestimmenden Einfluß zu gewinnen; dann würden die parlamentarischen Fraktionen und in deren Gefolge auch die Regierungen sich wohl oder übel in Bälde dazu bequemen, mit den Ansichten und Wünschen der Arbeitgeber zu rechnen. So hofft das Blatt denn, daß seine Anregung auf fruchtbaren Boden falle und daß man alsbald von einem Zusammenschluß der bestehenden Arbeitgeberorganisationen zu einem Bund der gewerblichen Arbeitgeber vernehme, der es entschieden ablehnt, „die Existenzbedingungen des gewerblichen Unternehmertums noch weiterhin als bequemes Tauschobjekt beim parlamentarischen Stimmenschacher behandeln zu lassen!“

Es ist vorderhand nicht abzusehen, ob und wie dieser Wunsch in Erfüllung gehen und die Welt bald nach dem Muster des Bundes der Landwirte von einem Bunde der gewerblichen Arbeitgeber hören wird. Die Verschiedenartigkeit der Interessen unter dem industriellen und gewerblichen Unternehmertum ist größer als unter den Landwirten, und so leicht wird hier ein Zusammenschluß nicht zustande zu bringen sein. Unmöglich ist er indes nicht; in der Zeit der Blockpolitik hat man genügend Gelegenheit zu erfahren, wessen Parteien und Interessengruppen fähig sind, wenn es sich um den wirtschaftlichen und politischen Vorteil handelt. Deshalb soll man den Zusammenschluß des deutschen Unternehmertums zu einer wirtschaftspolitischen Organisation nach dem Muster der Agrarier nicht ohne weiteres ins Reich der Phantasie weisen, sondern immerhin mit ihrer Möglichkeit rechnen.

Vor allen Dingen soll das die deutsche Arbeiterklasse tun, gegen die sich die Unternehmerorganisation ausschließlich richten würde. Wenn diese lächerlichen Geringfügigkeiten, die Regierung, Reichstag und Parteien auf sozialpolitischem Gebiete für die Arbeiter sich abquälen, bereits als Übermaß von Wohlwollen gelten, als ein Verbrechen am Gemeinwohl, dann kann man sich denken, was werden und was kommen wird, wenn die Wünsche der Scharfmacher vollends in Erfüllung gehen und nur noch im Sinne der Leute regiert wird, die das Heil Deutschlands von dem zu gründenden Bunde der Arbeitgeber erhoffen. Deshalb heißt es für die Arbeiter, wider alle Gefahren, die von den Plänen der Scharfmacher drohen, mit jeder erdenkbaren Entschiedenheit rüsten.

Die Unternehmer haben erkannt, worauf es ankommt: neben dem wirtschaftlichen ist ebenso entschieden auf den politischen Zusammenschluß hinzuarbeiten. Es gibt heutzutage keine wirtschaftliche Frage mehr, die nicht durch die Gesetzgebung berührt, beeinflußt und beherrscht würde. Deshalb heißt es für die Arbeiter: Stärkung der wirtschaftlichen Organisation, der Gewerkschaft; einheitlicher Zusammenschluß unter dem Banner der klassenbewußten Arbeiterbewegung: Stärkung derjenigen Partei, die sich als die einzige Arbeiterpartei erwiesen und bewährt hat: der Sozialdemokratie. Nur in diesem Zeichen wird die Arbeiterschaft Deutschlands siegen über die Machenschaften ihrer vereinigten Gegner!

Die gelben Arbeiter als Musterknaben.

II.

-r. Auch vom Standpunkte einer höheren Kultur aus wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn die deutschen Arbeiter sich die Kulis als Muster nehmen wollten. Das Herabdrücken der Lebensstellung auf das Niveau der Kulis ist ohne Zweifel kulturfeindlich und entwicklungshemmend. Alle Fortschritte der Menschheit sind bis jetzt lediglich durch die Steigerung der menschlichen Bedürfnisse und durch das Streben nach deren Befriedigung hervorgerufen worden. Das lehrt uns die Kulturgeschichte aller Zeiten und aller Völker. Solange ein Volk oder eine Gruppe in einem Volke in stumpfer Bedürfnislosigkeit dahinvegetierte und ohne weitergesteckte Ziele ein Leben führte wie die Tiere, so lange konnte von einer Entwicklung, einem Fortschritt keine Rede sein. Erst von dem Augenblicke an, als man gesteigerte Ansprüche ans Leben stellte und um deren Befriedigung rang, macht sich ein Fortschreiten bemerkbar. Mensch sein — was heißt es anders, als Mittel und Wege zu ersinnen, um für neue Bedürfnisse eine neue Möglichkeit der Befriedigung zu ersinnen und neue Befriedigungsmittel anzuwenden.

Mag auch der alte Bettlerphilosoph Diogenes, der in seiner Tonne hockte und sich die Sonne in den Hals scheinen ließ, vom Standpunkte der Weltverneinung aus recht haben mit seinem Satze: „Je weniger der Mensch bedarf, desto näher ist er der Gottheit!“, so fordert doch das Menschheitsideal einer Weltbejahung, daß wir uns höhere Bedürfnisse angewöhnen und um deren Befriedigung ringen. Wir sollen uns nicht abtöten, wie das weltfeindliche Christentum lehrt, sondern wir sollen uns ausleben — das ist das Gebot der Entwicklung.

So sehr auch die Prediger der Entsagung dagegen eifern, so ist es doch eine unwiderlegliche Tatsache, daß die Unzufriedenheit der mächtigste Hebel des Kulturfortschritts ist. Wie stände es wohl heute um die menschliche Gesellschaft, wenn die früheren Menschen vor tausend und mehr Jahren mit ihren jeweiligen Verhältnissen zufrieden gewesen wären. Wir würden dann noch heute, wie einstmals unsere Vorfahren, die alten Germanen, Eicheln essende Barbaren sein, die in Erdhöhlen wohnen und sich in Tierfelle kleiden. Aber gerade dadurch, daß unsere Vorfahren die Unbehaglichkeit ihrer Lage empfanden, erwachte in ihnen der Drang nach Verbesserung, nach besserer Nahrung, Wohnung und Kleidung. Die frühere Anspruchslosigkeit machte höheren Bedürfnissen Platz, und so stieg die Menschheit langsam aber stetig aus den Niedrigkeiten des Daseins empor zu den Höhen der Kultur. Die Menschheitsgeschichte zeigt uns ein unablässiges Emporsteigen aus dem Zustande der Tierähnlichkeit zu den Höhen der Menschheit.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Entwicklung der Menschheit das Bestreben, mit möglichst wenig Arbeit sich möglichst viel Genuß zu verschaffen. Darum zähmte der Mensch Tiere und benutzte sie zur Arbeit, darum zwängte er die Naturkräfte Luft, Wasser, Dampf, Elektrizität usw. in seinen Dienst, darum erfand er komplizierte Arbeitsmaschinen und vorteilhafte Arbeitsmethoden. Mit einem Minimum von Kraft ein Maximum von Erfolg zu erzielen, das ist das große Prinzip aller Kulturentwicklung.

Wohin sollten wir mit unserer modernen Kultur kommen, wenn die Arbeiter die Bedürfnislosigkeit der Kulis nachahmen wollten? Wir sind mit Recht stolz auf das, was der Menschengeist auf dem Gebiete der Kultur im Laufe der Jahrtausende geleistet hat, und nun sollten wir herabsteigen auf das Niveau von Kulis? Ohnehin sind noch heute größere Schichten der Bevölkerung viel zu bedürfnislos, und Lassalle hatte recht, wenn er über „die verdammte Bedürfnislosigkeit“ der deutschen Arbeiter sich entrüstete, eine Bedürfnislosigkeit, die sich schließlich alles bieten und alles nehmen läßt. Man sollte also den „verwöhnten Arbeitern“ viel eher ein Streben nach einer höheren Lebenshaltung empfehlen, als ihnen die Kulis als Muster vorhalten. Wenn aber einmal die Bedürfnislosigkeit für nachahmenswert erklärt, warum empfiehlt man sie nicht auch andern Leuten, sondern nur den „verwöhnten Arbeitern“, deren gute und auskömmliche Existenz „bekanntlich“ bis ins hohe Alter hinein gesichert ist? Warum empfiehlt man sie nicht auch den feisten Pfaffen und den dickbäuchigen Agrariern, den wohlgenährten Kommerzienräten und all den satten Pfahlbürgern? Warum empfahl sie der Herr General nicht auch seinen Zuhörern aus den höchsten Kreisen der Berliner Gesellschaft, warum empfahl er nicht auch den Herren Offizieren, daß sie sich die Lebensweise ihrer gelben Kameraden zum Muster nehmen sollten? Ja, Bauer, das ist ganz was anderes.

Vielleicht tun wir aber dem General Unrecht, vielleicht hat er nicht so sehr die Lebenshaltung als die Gesinnung der gelben Arbeiter uns zur Nachahmung empfehlen wollen. Nun gut, sprechen wir also von der Lebensanschauung der Kulis, obwohl sich diese nicht von der Lebenshaltung trennen läßt, da die eine aus der anderen erwächst. Worin bestehen denn eigentlich die „sittlichen Vorzüge“ der gelben Arbeiter, die der General so begeistert preist? Unmöglich kann die Disziplin dazu gehören, denn die von den Gewerkschaften in die weißen Arbeiter hineinerzogene Disziplin ist ja den Leuten vom Schlage des Berliner Generals ein Greuel. Wir wollen es nur kurz und bündig aussprechen: Was dem Herrn an dem Charakter der Kulis so sehr gefällt, das ist ihr Kadavergehorsam, ihre Hundedemut, ihre Geduld — kurz die Ertötung ihrer Menschenwürde. Man braucht nur einen Kuli zu beobachten oder eine Schilderung ihres Charakters zu lesen, um sofort zu bemerken, daß ein Kuli weiter nichts ist als ein Arbeitstier, in dessen Brust noch nie die Ahnung gedrungen ist, daß er ebensogut ein Mensch ist wie sein Ausbeuter. Er läßt sich schlagen und quälen und beleidigen, ohne eine Miene zu verziehen, man kann ihm die schwerste Arbeit aufbürden und ihn mit der erbärmlichsten Nahrung abspeisen, er läßt es sich ohne Murren gefallen. Und einen solchen Charakter stellt man den weißen Arbeitern als Muster hin?

Dagegen protestiert der deutsche Arbeiter, sofern er nicht einen „gelben Charakter“ in seiner weißen Haut stecken hat. Er ist stolz auf seine Würde als Mensch und gleichberechtigter Staatsbürger, er dünkt sich jedem Kapitalprotzen ebenbürtig, und wenn dessen Geldsack noch so schwer und wenn sein eigener Geldbeutel noch so leicht ist, er geht hocherhobenen Hauptes durch die Gesellschaft und nimmt das Schillerwort für sich in Anspruch: „So hoch gestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihm verachte!“ Weil der deutsche klassenbewußte Arbeiter seinen Wert als tätiges Glied der menschlichen Gesellschaft erkannt hat, weil er weiß, daß er es ist, der die Lebensgüter und Kulturwerte schafft, deshalb pocht er auf seine Arbeiterehre und Menschenwürde.

Und dieses Selbstbewußtsein will man in uns ertöten, indem man uns die Hundedemut der Kulis empfiehlt? Damit wird man verflucht wenig Glück haben. Das Klassenbewußtsein der modernen Proletarier — die größte Errungenschaft der Neuzeit und die edelste Blüte des Menschentums — wollen wir hegen und pflegen, weil aus ihm der starke Wille erwächst, die Klassengegensätze zu beseitigen und das gleiche Recht für alle zu erkämpfen. Mögen die „oberen Zehntausend“ und die „nach Bildung und Besitz maßgebenden“ Schichten der Bevölkerung im Byzantinismus ihre Befriedigung finden, mögen sie katzenbuckeln und scharwenzeln und unter den Blicken eines Höherstehenden zusammenklappen wie ein altes Taschenmesser — die deutschen klassenbewußten Arbeiter huldigen dem Grundsatz: „Männerstolz vor Königsthronen!“ und beugen sich nicht vor dem Geldsack. Und wenn sich General von der Goltz die Lunge aus dem Leibe redet, wir werden uns niemals zu Kulis degradieren lassen.

Stimmen zum Verbandstag.

Ein für kleine Zahlstellen wichtiger Punkt ist die Einführung von Staffelbeiträgen. Besonders für die östlichen Provinzen ist es von großer Wichtigkeit, eine Klasseneinteilung der Beiträge einzuführen, weil ein sehr beträchtlicher Teil der Kollegen zu den erbärmlichsten Lohnbedingungen arbeitet. Diese Kollegen für die Organisation zu gewinnen, hält sehr schwer, weil ein Beitrag von 50 Pf. zu hoch ist, und es die Kollegen vorziehen, sich gar nicht oder einer gegnerischen Organisation anzuschließen. Aus diesen Gründen heraus wäre es sehr angebracht, wenn die kleineren Zahlstellen mit niederem Verdienst eine lebhafte Agitation entfalten für Einführung von Staffelbeiträgen, um dadurch die Reihen der organisierten Kollegen zu stärken.

Paul Disput-Haynau.

* * *

Unser kommender Verbandstag wird eine der arbeitsreichsten Tagungen sein, wenn er all die brennenden Fragen, die uns beschäftigen, lösen soll. Da ist zunächst der Abschluß von Tarifverträgen. Wenn ich auch früher ein Gegner von Tarifverträgen war, so kann ich heute nach all den Erfahrungen, die ich in der Arbeiterbewegung gemacht habe, erklären — vorausgesetzt, daß günstige Verträge abgeschlossen werden —, daß die Verträge für unsere Kollegenschaft von großer Bedeutung sind. Verträge müssen meiner Meinung nach in kurzen Abschnitten Verbesserungen aufweisen und von nicht zu langer Dauer sein, sonst kommen wir zu langsam voran. Dadurch, daß wir die Verträge nicht an einem Tag im Jahre ablaufen lassen, laufen wir auch keine Gefahr, uns in eine zu große Ruhe zu verlieren. Auf die Unterstützungseinrichtungen hier einzugehen, halte ich für überflüssig. Wo es mir vorderhand darauf ankommt, ist: „Wie gewinnen und erhalten wir uns die Mitglieder?“ Da bin ich nun der Meinung, daß man den Jugendlichen mehr Gelegenheit geben muß, sich organisieren zu können. Wenn es den Jugendlichen ermöglicht wird — was ich bestimmt vom Verbandstag erwarte —, den weiblichen Mitgliedern gleich zu stehen, so glaube ich, daß wir schon ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Je früher ein Mitglied gewonnen, je länger bleibt dasselbe erhalten. Die Fluktuation ist meiner Meinung nach am häufigsten bei den Kollegen, die spät für uns gewonnen wurden. Hierbei wäre zu erwägen: die Einführung der Staffelbeiträge, die eine gerechte Beitragsleistung bedeuten würde. Man wird hier einwenden, daß sich durch Staffelbeiträge die Verwaltungsarbeiten bedeutend vermehren. Das ist ja auch selbstverständlich. Wenn uns aber die Einführung Gewähr dafür bietet, daß wir hierdurch Mitglieder gewinnen und erhalten, so soll uns die eventuelle Mehrarbeit nicht davon abhalten. Hoffentlich wird der Verbandstag beschließen, daß der Vorstand beauftragt wird, dem demnächst stattfindenden Verbandstag eine Vorlage über Staffelbeiträge vorzulegen. Auf die ausgeklügelte Diplomatie des Vorstandes einzugehen, soll nicht meine Aufgabe sein. Hierüber hat Kollege Schreck den Standpunkt der Bielefelder Kollegen in der Nummer 14 dieser Zeitung dargelegt. Sollte allerdings der Vorstand

wider Erwarten den Sieg davontragen, so wäre der immerhin berechtigte Antrag Frankfurt a. M. zu § 77 des Statuts für die Konsequenz des Vorstandsantrags. Ich kann daher den Antrag Frankfurt nur zur Annahme empfehlen. Daß der Hauptvorstand Geld gebrauchen kann, wissen wir, aber dann soll er auch den Mut haben zu sagen, was zu tun ist, und nicht wie die Katze um den heißen Brei herumlaufen. Ein weiteres Augenmerk müssen wir der Nähmaschinenbranche widmen. Hier stehen uns noch weitaus die schwierigsten Aufgaben bevor. Ist doch ein großer Teil unserer Kollegen in dieser Branche beschäftigt. Kommen doch meiner Meinung nach immerhin 22 Städte in Frage, so daß es dieserhalb schon berechtigt ist, mehr wie bisher für diese Kollegen zu sorgen. Auch hier kommen wiederum viele Jugendliche in Frage. Das Schlagwort von früher: „Wir lassen die fertige Arbeit schicken", ist auch schon zur Tat geworden. Bedauerlich ist es dann, wenn Kollegen wegen Arbeitsmangel entlassen werden, wo doch fertige Möbel von außerhalb bezogen werden. Dieserhalb ist es von großem Vorteil, wenn mal eine klärende Aussprache der in Frage kommenden Orte herbeigeführt würde. Da in dieser Frage dem Verbandstag zwei Anträge vorliegen und jedenfalls einzelne Delegierte aus der Nähmaschinenbranche anwesend sein werden, so hoffe ich, daß der Verbandstag auch hier das Richtige treffen wird. Bemerkt sei hierbei noch, daß die Unternehmer die persönliche Aussprache zu schätzen wissen. Waren doch noch vor kurzer Zeit wiederholt einzelne Personen aus Rumpenheim in Bielefeld, um die hiesigen Verhältnisse zu studieren und ihre Meinungen auszutauschen, jedenfalls nicht zum Vorteil der Kollegen. Aus all dem hier Angeführten wäre wohl zu erwägen, ob eine Konferenz der Nähmaschinenarbeiter zum Vorteil wäre. Also alles in allem, der Verbandstag hat eine Fülle von Arbeiten zu erledigen wie keiner zuvor. Hoffentlich wird er seine Pflicht erfüllen.

Hermann Castien-Bielefeld.

* * *

Unsere Mitgliederversammlung am 4. April beschäftigte sich mit den Anträgen des Verbandsvorstandes. Sie konnte in erster Linie dem § 11 nicht zustimmen, weil sie der Ansicht ist, daß wohl keine Zahlstelle Lokalbeiträge erhebt, die nicht für die Interessen des Verbandes notwendig wären. Wäre dies nicht der Fall, dann wäre es natürlich nur zu bedauern. Nun will aber der Verbandsvorstand dahin wirken, daß die Unterstützungen aus lokalen Mitteln die Hälfte der Verbandsunterstützung nicht übersteigen dürfen. Nun, warum nicht? Die Zahlstellen, die solche Unterstützungen gewähren, tun es deshalb, weil eben die Unterstützung vom Verband noch zum Leben zu wenig ist. Diese Normierung überläßt man am besten den Zahlstellen, die wissen es, wie sie mit ihren Mitgliedern zurecht kommen. Daß die Unterstützungen schon segensreich gewirkt haben, das muß jeder anerkennen. Nun zum § 77. Da soll, wenn der Antrag vom Verbandsvorstand durchgeht, nur noch 10 Prozent aus den Einnahmen gewährt werden. Wie der Vorstand dazu kommt, wissen wir nicht; aber daß man mit 10 Prozent nicht auskommen kann, das ist selbstverständlich. Entweder muß die Agitation, kurzum alles, was eben nötig ist, um die Zahlstelle zu heben, sehr darunter notleiden, es langen ja in der gegenwärtigen Zeit kaum 20 Prozent in den kleinen Zahlstellen. Die müssen sich eben so durchhauen, weil die laufenden Geschäfte nach Feierabend erledigt werden müssen, was bei großen Zahlstellen nicht der Fall ist, weil die meisten einen Angestellten haben. Da wo die 10 Prozent nicht langen sollten, wird vom Hauptvorstand angeführt, daß Zuschüsse gewährt werden können. Aber das ist nicht der richtige Standpunkt, den der Vorstand da einnimmt. Denn manche Zahlstelle läßt lieber etwas fahren, als um Zuschuß nachzusuchen, und dann ist doch wiederum nicht das Richtige damit getroffen. Wir sind der Ansicht, daß es so bleibt, wie es ist, weil eben 20 Prozent unbedingt erforderlich sind. Der Hauptvorstand will immer mehr Geld; ja auch bei den Zahlstellen wachsen fortgesetzt die Ausgaben, deshalb kann an eine Verminderung ihrer Einnahmen gar nicht gedacht werden. Es müssen eben andere Wege beschritten werden, um die Verbandskasse leistungsfähiger zu machen. Nun zu unserem gestellten Antrag ein paar Worte. Bei Arbeitslosigkeit soll die Karenzzeit von 7 Tagen innerhalb 13 Wochen nur einmal durchzumachen sein, denn die Kollegen, die in kurzen Abständen arbeitslos werden, denen fällt es sehr schwer, wenn sie wieder 8 Tage warten sollen, ehe sie nur einen Pfennig bekommen. Zum Beispiel, es wird einer innerhalb 4 Wochen zweimal arbeitslos, dann hat er die Karenzzeit zweimal durchzumachen, und was bekommt er dann: ganze 14 Tage ausbezahlt, für 14 Tage bekommt er nichts. Daß damit ein Kollege nicht auskommen kann, das ist mal sicher, wenn die Zahlstellen nicht finanziell dazu beitragen, ihm noch etwas zulegen. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, daß wenigstens die Karenzzeit innerhalb eines Vierteljahres nur einmal durchzumachen ist, und ersuchen die Delegierten, daß sie ihre Beschlüsse so fassen, daß sie zum Wohle unseres Verbandes und zum Wohle unserer Kollegen gefaßt werden.

Franz Kaiser-Zuffenhausen.

* * *

Eine gut besuchte Versammlung der Zahlstelle Oldenburg beschäftigte sich mit den Anträgen des Verbandsvorstandes zum Verbandstag. Allgemeine Entrüstung rief der Antrag auf Kürzung des Anteils der Lokalkassen von 20 auf 10 Prozent hervor. Wäre nach Ermessen des Vorstandes eine Beitragserhöhung notwendig gewesen, um den Kampf gegen das Unternehmertum ungeschwächt führen zu können, so hätte derselbe die Pflicht gehabt, eine solche zu fordern, und wäre bei den Kollegen jedenfalls auf keinen allzu großen Widerstand gestoßen. Von recht wenig Mut und kleinlicher Hintertreppenpolitik zeugt aber der vorliegende Antrag des Vorstandes, der auch eine Beitragserhöhung ist, aber auf Kosten der Lokalkassen. Will der Verbandsvorstand der „Überflußwirtschaft" auf dem Gebiet des Unterstützungswesens der größeren Zahlstellen, wie es in Nr. 13 der „Holzarbeiter-Zeitung" so schön gesagt wird, einen Damm entgegensetzen, so möge er andere Mittel und Wege finden, um dieses durchzusetzen. Aber die mittleren und kleinen Zahlstellen müßten gegen solch einen Antrag wie den vorliegenden ganz entschieden protestieren. Sie sind es gerade, die durch eine Reduzierung des Anteils der Lokalkassen zu leiden haben. War es bis jetzt schon schwer, mit 20 Prozent auszukommen, so ist es mit 10 Prozent ganz unmöglich. Wie soll zum Beispiel eine Zahlstelle von 50 Mitgliedern mit einem Lokalanteil von gut gerechnet 30 Mk. pro Quartal ihre Ausgaben an Agitation, Porto, Drucksachen, Schreibmaterialien und Vergütung der Lokalverwaltung decken? Es wäre sehr erwünscht, wenn der Verbandsvorstand ein solches Rechenexempel der Begründung beigefügt hätte. In der Begründung oder Besprechung der Anträge in Nr. 23 wird gesagt, daß in fast allen Zahlstellen Lokalbeiträge erhoben werden, und es mit diesen Mitteln möglich wäre, die lokalen Aufgaben der örtlichen Verwaltungsstellen zu bestreiten. Aber werden denn die Lokalbeiträge erhoben, um die laufenden Ausgaben zur Führung der Verbandsgeschäfte zu begleichen? Nach unserer Meinung ist dazu der Anteil der Lokalkassen bestimmt, und ist es deshalb unbedingt notwendig, denselben auf 20 Prozent zu belassen, wenn nicht die Aufgaben der örtlichen Verwaltungsstellen hauptsächlich in bezug auf Agitation darunter leiden sollen.

Die Zahlstelle Oldenburg fordert deshalb alle Kollegen auf, gegen diesen Antrag des Verbandsvorstandes einstimmig Protest zu erheben, damit derselbe auf dem Verbandstag mit großer Majorität abgelehnt wird.

Die Lokalverwaltung der Zahlstelle Oldenburg.

* * *

Ich bin erfreut, daß bereits eine Anzahl Kollegen gegen den Antrag des Hauptvorstandes betreffs § 77 sind. Ich weiß nicht, was man denken soll, wenn man einem derartigen Antrag stattgeben würde. Käme denn das nicht einer Erhöhung der Beiträge gleich, und könnten die Kollegen dieselben in der gegenwärtigen Zeit ertragen? Diese Frage muß ohne weiteres mit Nein beantwortet werden. Was der Hauptkasse mehr zugehen würde, wenn der Verbandstag dem Antrag des Hauptvorstandes stattgibt, das ginge in den Zahlstellen doppelt verloren. Denn die unbedingte Folge wäre eine Erhöhung der Lokalbeiträge, die ja gewiß die schon längere Zeit organisierten Kollegen auch bezahlen. Aber wie steht es mit den noch zu gewinnenden Kollegen, die meistens den zu hohen Beitrag als Hinderungsmittel erklären? Wenn der Hauptvorstand behauptet, die Situation in Deutschland und den Zahlstellen am besten zu kennen, so muß ich dies sehr bezweifeln oder in Frage stellen, ob es dem Hauptvorstand Ernst war mit seinem Antrag. Meine Ansicht ist die, die von den Zahlstellen bis jetzt bezogenen 20 Prozent zu belassen, dafür einen Passus zu setzen, jeder Kassier ist verpflichtet, alle Monate mit der Hauptkasse reinen Tisch zu machen und alles Geld, das nur irgend entbehrt werden kann, einzusenden. Wird dies strikte durchgeführt, dann brauchen wir keine Schmälerung der Prozente, die dem ganzen Verbandsleben nur Schaden bringen. Was nun den § 39 betrifft, so habe ich bereits in München den Antrag am Gautag gestellt, ledige Kollegen sollen bei Streiks oder Aussperrungen nicht gezwungen werden, den Ort zu verlassen. Denn gleiches Recht für alle; auch der Ledige zahlt genau so wie der Verheiratete seine Beiträge. Im übrigen schließe ich mich vollständig da den Ausführungen des Kollegen Schaal-Mulda an. Was eine Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen betrifft, wie betreffend Krankengeld sowie Altersrente und dergleichen, so möchte ich alle derartige Anträge glatt abgelehnt wissen. Wir haben Unterstützungseinrichtungen, die ich eigentlich nur als Lockspeise betrachte, nun gerade genug, um ohne eine abermalige Erhöhung der Beiträge vorzunehmen, dieselben noch weiter auszubauen. Ja, Kollegen, betrachtet doch einmal die Summe von weit über 3000000 Mk., die voriges Jahr nur für Streiks und Aussperrungen ausgegeben wurden, und kann nicht wieder solch ein Jahr kommen? Unterschätzt ja den Arbeitgeberverband nicht. Wir sind eine Kampfesorganisation und müssen es bleiben. Wohl wäre ich als Person, die selbst schon lange Jahre im Verband ist, und als Leiter einer kleineren Zahlstelle für weiteren Ausbau der Unterstützungen, aber als Kollege bin ich entschiedener Gegner solcher Maßnahmen, da muß ich das Allgemeininteresse des Verbandes stets im Auge behalten, und dies heißt: gefüllte Kassen zu Kampfeszwecken.

Fl. Schreiblmeir-Rosenheim.

* * *

Daß auch der kommende Verbandstag große Aufgaben zu erfüllen hat, darüber besteht wohl kein Zweifel. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung dürfte wohl die Tariffrage bilden. Was die Tarife anbelangt, deckt sich meine Anschauung mit der des Hauptvorstandes. Auch der Verbandstag wird sich im großen und ganzen über diese Frage einig sein und die bisherige Taktik des Vorstandes billigen. Wenn es mitunter auch recht langsam vorwärts geht, Hauptsache ist, daß es vorwärts geht. Die Frage der Staffelbeiträge wird diesmal wohl noch nicht geregelt werden; aber vergessen darf sie nicht werden, wenn wir unsere Beiträge in Zukunft erhöhen wollen, besser gesagt „müssen". Nicht einverstanden bin ich mit einigen Anträgen des Hauptvorstandes. Der § 34 des Statuts muß wegen der Krankenunterstützung geändert werden. Man hätte aber doch erwarten dürfen, daß der Vorstand sich dazu aufschwingt, denselben so zu ändern, daß die Karenzzeit bei jeder Unterstützung im Jahre bloß einmal zu machen wäre. Wenn man finanziell gehindert ist, die Karenzzeit herabzusetzen, was ja fast allgemein verlangt wird, so sollte man doch einen Schritt entgegenkommen. Von so großer finanzieller Tragweite wird es wohl nicht sein, wenn die Karenzzeit bloß einmal zu machen ist.

Der einschneidendste Antrag für die Zahlstellen dürfte die Änderung des § 77 sein. Es sollen in Zukunft statt 20 nur 10 Prozent der Verbandsgelder am Orte verbleiben. Die Meinung der Redaktion, daß der Verbandstag in Köln ohne ersichtlichen Grund von 8¾ auf 10 Pf. hinaufgegangen sei, ist nicht richtig. Richtiger wird sein, daß derselbe die Mehrarbeiten durch Einführung der Krankenunterstützung berücksichtigt hat. Der Hauptvorstand ist mit diesem Antrag unbedingt zu weit gegangen, denn die Annahme desselben käme in den meisten Zahlstellen einer Beitragserhöhung gleich, die am Orte verbleibenden Gelder reichen doch in den meisten Zahlstellen heute schon nicht aus, was ich kurz nachweisen möchte. Die Zahlstelle Fürth hatte 1907 durch die Prozente eine Einnahme von 8903,20 Mk. Dieser Einnahme stehen folgende Ausgaben gegenüber: Kartellbeiträge 2804,03 Mk., Einkassieren der Beiträge 2742,45 Mark, Agitation, Verwaltung, Geschäftsführer und Aushilfe 5460,51 Mk. Summa 11006,99 Mk. Ergibt sich also hier schon ein Defizit von 2103,79 Mk. Nach dem Antrag des Hauptvorstandes würde sich in Zukunft ein solches von 6506,99 Mk. ergeben. Es wäre das der vierte Teil von unserer Einnahme durch Lokalbeiträge, welche im Jahre 1907 26224,20 Mk. betrugen, bei 30 Pf. Lokalbeitrag. Nun zahlen aber die Kollegen die Lokalbeiträge nicht umsonst; sie wollen doch auch Leistungen sehen in Form von Zuschlägen zu den Unterstützungssätzen der Hauptkasse. Diese Zuschläge sind in Fürth in engen Grenzen gehalten und können nicht gekürzt werden. Es wäre also eine Beitragserhöhung notwendig, was in der jetzigen Zeit unmöglich ist. Ich will die Ausgaben nicht anführen, die auf Grund der Lokalbeiträge zu machen sind, weise aber darauf hin, daß wir seit unserem letzten Streik 1905 bloß 14000 Mk. anlegen konnten. Für eine Zahlstelle wie Fürth, wo jährlich mehrere Bewegungen auf Kosten der Lokalkassen zu führen sind, ist das eine niedrige Summe. Wenn auch anerkannt sein soll, daß die Hauptkasse mehr Einnahmen haben muß, so muß doch nach einem anderen Weg gesucht werden, auf welchem dieselben hereinzubringen sind. Jedenfalls darf der Verbandstag nicht unter den Vorschlag des Kollegen Raith auf dem Kölner Verbandstag heruntergehen.

-ger-Fürth.

Soziales.

Aufruhr.

Die Heldentaten der Berliner Polizei, die am 21. Januar im Kampfe gegen Wehrlose blutige Lorbeeren geerntet hat, fanden in einer dreitägigen Verhandlung vor der Strafkammer ihre verdiente Würdigung. Wie erinnerlich, hat die Polizei gegenüber den aus einer Arbeitslosenversammlung kommenden Arbeitern einen glänzenden Sieg errungen. Die Arbeiter waren von der Polizei in die Straße Am Schiffbauerdamm gedrängt worden, wo sie sich in einer Falle befanden. Von vorn und von hinten wurden sie von Polizisten bedrängt, die wütend mit ihren Säbeln auf sie einschlugen. Der Eifer der Polizisten ging so weit, daß sie in das Haus des Metallarbeiterverbandes eindrangen und die Leute, die dort auf Öffnung der Kassenzimmer warteten, mit Säbelhieben traktierten; ein Verbandsbeamter, der sich bei dem Polizeioffizier über die Brutalität der Beamten beschweren wollte, wurde selbst mißhandelt und schließlich sogar arretiert.

Wie das in Preußen-Deutschland üblich ist, wurde nicht gegen die säbelschwingenden Polizisten, sondern gegen ihre Opfer Anklage erhoben, und so hatten sich eine Anzahl Arbeiter wegen Aufruhr, Widerstand und Polizistenbeleidigung zu verantworten. Die Verhandlung bestätigte, was man schon vorher wußte, daß die Polizei unter der Führung temperamentvoller Offiziere äußerst provokatorisch vorgegangen war. Sie hat nicht nur auf die friedlichen Demonstranten, sondern auch auf gänzlich Unbeteiligte mit Säbeln eingeschlagen und ist gesetzwidrig außer in das Metallarbeiterhaus auch in einen Neubau eingedrungen, um die dort Arbeitenden zu mißhandeln. Trotz dieses Ergebnisses der Verhandlung wurden drei der angeklagten Arbeiter wegen Aufruhr zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt, ein Angeklagter erhielt 2 Monate, zwei andere je einen Monat wegen Bedrohung und Beleidigung und einer erhielt drei Tage Haft wegen Übertretung einer Straßenpolizeiordnung.

Dieses Urteil soll abschreckend wirken, man will damit der Wiederholung von Straßenkundgebungen der Arbeiter vorbeugen. Ob aber dieser Zweck erreicht wird? Zunächst zeigt das Urteil aufs neue, daß die deutsche Justiz unentwegt nach dem Schönstedtschen Rezept handelt, „wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe". Man hat nichts davon gehört, daß gegen die Hurracanaille, die am Abend nach der Reichstagswahl brüllend vor das Schloß des Kaisers und des Reichskanzlers zog, strafrechtlich eingeschritten worden ist. Um so schneidiger geht man gegen die Arbeiter vor, von denen man fürchtet, daß sie durch öffentliche Aufzüge einerseits auf das Elend der Arbeitslosen hinweisen, andererseits aber gegen das jämmerliche preußische Wahlrecht demonstrieren wollen. Die Furcht vor den Wahlrechtsdemonstrationen besonders ist es, welche den Herrschenden in die Glieder gefahren ist. Aber sie irren, wenn sie glauben, durch Aufruhrstrafen die Arbeiterschaft hindern zu können, ihr Recht zu fordern. Das deutsche Volk wird sich trotz Polizei und Gerichte das Recht auf die Straße erzwingen, welches in wirklichen Kulturstaaten auch den Arbeitern nicht streitig gemacht wird.

Der Leiter der bayerischen Gewerbeinspektion, Gewerberat Max Gänßler, ist vor kurzem in München gestorben. Der Verstorbene war ein Charakter, der sein Amt so auffaßte, wie es sich gebührt, der ein Vermittler zwischen hüben und drüben sein wollte und in der Verbesserung der Lage der Arbeiter in materieller Hinsicht, insbesondere in bezug auf Arbeiterschutz, einen heilsamen Fortschritt erblickte. Gern lieh er sein Ohr den Arbeitern, und am liebsten den Vertretern der Organisationen. Und nur einen Schmerz hatte er: daß seine im besten Sinne aufgefaßte Vermittlertätigkeit auf so viel Widerstand beim Egoismus und Unverstand des Arbeitgebertums stieß. Gänßler hatte tiefes Verständnis für die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft und ein Herz für deren Leiden überhaupt. Die Arbeiterschaft wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgender Zahlstelle wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Mai: Sprendlingen 15 Pf.

Die Wahlergebnisse für den Verbandstag und Gewerkschaftskongreß sind in dieser Woche an alle Zahlstellen

versandt worden. Soweit Stichwahlen erforderlich sind, haben dieselben nach Ziff. 16 des Wahlreglements in allen beteiligten Zahlstellen am **Sonntag, 3. Mai** von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags stattzufinden. Das Ergebnis der Stichwahl ist bis spätestens 6. Mai an uns einzusenden.

Der neue Leitfaden für die Lokalverwaltungen ist nunmehr unter dem Titel: „Handbuch für die Verbandsfunktionäre. Anleitungen für die Praxis der Geschäftsführung im Deutschen Holzarbeiterverband" erschienen und an die Zahlstellen versandt. Das Handbuch wird allen Funktionären des Verbandes gratis ausgefolgt. Die übrigen Mitglieder können es auf Bestellung zum Preis von 50 Pf. für das kartonierte und 80 Pf. für das gebundene Exemplar nebst 20 Pf. für Porto von uns beziehen.

Von dem Protokoll über die Verhandlungen des letzten Verbandstags in Köln ist noch ein kleiner Vorrat vorhanden. Einzelexemplare können gegen Voreinsendung von 30 Pf. portofrei von uns bezogen werden.

Infolge des Todes unseres Kollegen Karl Kloß sind alle Briefe und sonstigen Sendungen an den Verbandsvorstand vorläufig an Theodor Leipart, Stuttgart, Adlerstraße 43, zu adressieren, Geldsendungen dagegen nach wie vor direkt an den Hauptkassierer Fritz König, Stuttgart, Adlerstr. 43.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

63019 Paul Ulrich, Tischler, geb. 14. 3. 81 zu Crefeld.
223756 Herm. Schindler, Tischl., geb. 28. 9. 85 zu Ravensbrück.
254786 Theodor Göbel, Tischler, geb. 9. 9. 56 zu Mösen.
259619 Wilhelm Strecker, Tischler, geb. 30. 4. 87 zu Wildenholz.
262706 August Keinert, Stellmacher, geb. 4. 11. 82 zu Goschen.
274327 Franz Janssen, Tischler, geb. 21. 1. 77 zu Hohenkirchen.
282248 Hermann Plesse, Tischler, geb. 10. 1. 62 zu Fuhrberg.
332578 Johann Riese, Tischler, geb. 20. 5. 57 zu Eger.
407912 Gustav Rühl, Tischler, geb. 3. 9. 79 zu Stettin.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Auerbach. Gut besucht war die letzte Mitgliederversammlung. Aus der bekanntgegebenen Abrechnung des 1. Quartals war zu ersehen, daß in unserem Organisationsleben fortgesetzt eine Besserung zu verzeichnen ist. Weiter befaßte man sich mit den Anträgen zum Verbandstag. Unter anderem wurde besonders der Antrag des Vorstandes, in Zukunft den Zahlstellen anstatt 20 Prozent nur noch 10 Prozent den Lokalkassen aus den vereinnahmten Beiträgen zur Verfügung zu stellen, scharf kritisiert. Man ist der Meinung, daß der Verbandstag im Interesse der kleinen Zahlstellen besonders diesen Antrag ablehnen muß. Hat der Vorstand aber eine Erhöhung der Einnahmen nötig, dann müssen wir zur Einführung von Klassenbeiträgen schreiten und nicht indirekt mit einer Erhöhung der Beiträge hausieren gehen. Nach einer Aufforderung, daß sich die Kollegen zahlreich an der Maifeier beteiligen mögen, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Berlin. (Möbelpolierer.) Das Jahr 1907 war für unsere Berufsangehörigen ein nach verschiedenen Richtungen sehr ungünstiges. Schon ausgangs des Jahres 1906 machte sich infolge Zurückgehens der gut polierten Arbeit (dunkelmahagoni) infolge Verteuerung des Mahagoniholzes durch den Zolltarif ein bedeutender Mangel an Arbeitsgelegenheit bemerkbar, welcher im Jahre 1907 fortwährend stieg. — Die am 12. Januar beginnende Aussperrung brachte zu den 930 damals arbeitslosen Polierern 923 Ausgesperrte hinzu, so daß von den seinerzeit der Branche angehörenden zirka 2500 Mitgliedern 415 arbeitslos und ausgesperrt waren. Die Arbeitslosigkeit ist auch jetzt noch so groß wie nie zuvor, indem zurzeit zirka 800 Kollegen ohne Arbeit sind. Um denselben jede mögliche Gelegenheit, Arbeit annehmen zu können, zu geben, beschäftigte sich die Branchenkommission im August mit der Frage, auf dem paritätischen Nachweis auch des Nachmittags vermitteln zu lassen, welcher Anregung auch in der September-Versammlung zugestimmt wurde; diese Maßregel hat sich bewährt. — Die Arbeitslosigkeit ist auch durch das übereichliche Anlernen von Lehrlingen, jugendlichen Arbeitern, Hausdienern usw. zum Teil mit veranlaßt. Diese „Lehrlinge" werden nach durchschnittlich zweijähriger Lehrzeit auf die Straße gesetzt und arbeiten dann für einen erheblich niedrigeren Lohn, wie allgemein üblich. Ein anderer Grund, warum eine ganze Anzahl Kollegen so sehr lange außer Arbeit ist, ist der, daß der paritätische Arbeitsnachweis nicht in dem Maße in Anspruch genommen wird, wie es unter allen Umständen notwendig ist. Wir ersuchen die Kollegen von dieser Stelle aus dringend, die ihnen bekannt werdenden offenen Stellen unbedingt dem Nachweis zu melden. Konnte die Agitation während der Aussperrung nur wenig betrieben werden, so setzte sie nach Beendigung derselben desto intensiver ein; waren uns doch durch dieselbe zirka 380 Kollegen abtrünnig geworden, welche es galt und gilt, wieder zu gewinnen. Ein kleiner Teil von diesen hat es sich nicht versagen können, sich eine „Freie Vereinigung der Möbelpolierer" zu gründen, welche bei 50 Pf. Wochenbeitrag eine ideale Konkurrenzorganisation des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu sein sich einbildet. Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zahlt dieselbe nicht, weil sie auf dem Standpunkt steht, daß diese Einrichtungen nicht in eine Kampfesorganisation gehören. Was für ideale und opferwillige Kollegen unter den Mitgliedern dieser Auchorganisation sind, erhellt am besten daraus, daß verschiedene derselben während der Aussperrung die Unterstützungen des Verbandes bis zur Höhe von mehreren hundert Mark in Anspruch genommen haben und dann ohne weiteres dem endlich nach zweijähriger Mühe zusammengebrachten Lokalverein beitraten. — Dieses zur Charakterisierung dieser Gewerkschaftszersplitterer. Unter den Stuhlpolierern wurde durch mehrere öffentliche Versammlungen, sowie durch eine Anzahl von Werkstattbesprechungen versucht, Interesse für die Organisation zu wecken, was auch zum guten Teil gelang. Unser großes Bestreben muß es sein, einen möglichst einheitlichen Tarif für Berlin zur Durchführung zu bringen, weil die Preise für die gleichen Artikel in den einzelnen Betrieben großen Schwankungen unterworfen sind, wodurch die Verdienste sehr verschieden sind. — Die Verhältnisse der Beizer und Magazinarbeiter sind zum großen Teil sehr traurige, resultierend aus den schlechten Organisationsverhältnissen, demzufolge lange Arbeitszeit und schlechte Entlohnung. Die Zersplitterung in viele kleine Geschäfte mit ein, zwei, drei beschäftigten Kollegen, die zum Teil viele Jahre in demselben Geschäft tätig sind, erschweren die Agitation ungemein. Trotzdem ist hier nach vieler Mühe einiger Erfolg in bezug Aufnahme neuer Mitglieder zu verzeichnen, welcher sich bei weiterer reger Tätigkeit vergrößern wird. — Einige Zahlen über die Tätigkeit der 33 Mitglieder starken Branchenkommission seien hier angeführt. Geschäftliche Sitzungen hielt dieselbe ab 67, geladen wurden von ihr 889 Werkstätten, davon erschienen ungefähr die Hälfte. Außerdem fanden 14 Branchenversammlungen statt, in welchen belehrende Vorträge gehalten wurden. Um das Interesse an den Versammlungen zu heben, sind in das Mitgliedsbuch geklebte Kontrollscheine eingeführt worden, auf welchen der Versammlungsbesuch durch Stempel bescheinigt wird. Diese Maßnahme ist von einigem Erfolg begleitet, aber noch lange nicht in dem gewünschten und durchaus notwendigen Maße. — Was uns not tut ist, daß sich die Kollegen in viel größerem Maße als bisher um die Interessen des Verbandes und der Branche bekümmern, um zu gegebener Zeit dem koalierten Unternehmertum eine festgefügte, zielbewußte, von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation überzeugte Arbeitermasse gegenüberstellen zu können, dann werden auch Erfolge zu erringen sein. In diesem Sinne ruft euch die Sektionsleitung zu: Steht fest zur Organisation, werbt neue Mitglieder für den Deutschen Holzarbeiterverband, dann werden wir alle Angriffe der Unternehmerorganisationen zurückschlagen können.

Bremerhaven. (Modelltischler.) Die zureisenden Kollegen werden aufgefordert, bevor dieselben den Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen benutzen, sich an das Bureau der Zahlstelle, Deich 56, zu wenden, um dort die nötige Auskunft über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Werkstellen sich zu holen.

Breslau. (Korkarbeiter.) In der am 7. April abgehaltenen Versammlung beschäftigten sich die Kollegen mit der Frage, wann und wo die nun bewilligte Konferenz stattfinden soll. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, als Zeitpunkt Pfingsten und als Tagungsort Frankfurt a. M. vorzuschlagen. Als Tagesordnung wurde vorgeschlagen: 1. Wie entfalten wir eine wirksame Agitation? 2. Bildung einer Zentralkommission. 3. Neuregelung unseres Zentralarbeitsnachweises. Als Delegierter wurde Kollege Lohr einstimmig gewählt.

Flensburg. In unserer letzten Vertrauensmännersitzung mußten wir uns mit dem Drechslermeister Heineke beschäftigen. Bei den hiesigen Kollegen ist der Herr ziemlich bekannt, da geht ihm so leicht keiner auf den Leim. Selbst tüchtige ältere Kollegen schaffen ihm nicht genug, und mit der pünktlichen Lohnzahlung hapert's auch; die erste Woche geht's gut, aber nachher! Vor kurzem hat er sich einen jungen Kollegen von der Heimat geholt. Derselbe arbeitete zwei Tage dort; als er dann seine Papiere und sein Geld holen wollte, bekam er statt dessen eine Tracht Prügel. Erst nachdem Klage beim Gewerbegericht eingereicht war, erhielt er sein Geld. Einem anderen Kollegen ging es, abgesehen von den Prügeln, ebenso. Jetzt sucht er sich Arbeitskräfte von Hamburg heranzuziehen. Kam da auch ein junger Kollege an, aber da hieß es: „Sie sind mir doch eigentlich zu klein und zu jung, ich wollte ältere, kräftige Leute haben." Es wird ihm natürlich klar gemacht werden, daß er dem Kollegen das Reisegeld vergüten muß. Da wir hier am Orte noch mehr solche Meister haben, möchten wir den Kollegen von auswärts raten, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen, sich erst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen. Nun noch ein Wort an die Bielefelder Kollegen. Stellt ihr euch nicht selbst ein Armutszeugnis aus, wenn ihr zu einer Versammlung, die direkt für euch einberufen ist, und wo unser Gauvorsteher referieren sollte, nicht erscheint? So rosige Verhältnisse habt ihr wohl auch nicht, daß ihr euch auf die Bärenhaut legen könnt. Wir hoffen, daß, wenn wir mal wieder an euch herantreten, ihr Mann für Mann, ob organisiert oder nicht, erscheinen werdet. Mit Beiträge zahlen allein erfüllt ihr eure Pflicht euch selbst und dem Verband gegenüber nicht. — Die Aussperrungen auf den Werften sind ja jetzt beendet. Unsere Organisation war hier am Orte mit ungefähr 70 Mann beteiligt. Da in der jetzigen flauen Geschäftsperiode ein Erfolg ausgeschlossen war, ist von Gegenmaßregeln abgesehen worden. Die Arbeiterschaft meldet sich, wenn ihre Zeit da ist, und nicht, wenn es den Unternehmern paßt.

Glashütte i. S. Am 7. April tagte die monatliche Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle, welche leider etwas schwach besucht war. Hauptsächlich glänzen immer die jüngeren Kollegen durch Abwesenheit, die doch aber der Aufklärung am besten bedürfen. Der Kassierer erstattet zunächst den Kassenbericht für das erste Quartal. Daraus ergibt sich, daß unsere Zahlstelle rüstig vorwärts schreitet. Es sind 25 Neuaufnahmen vollzogen worden. Die Mitgliederzahl betrug am 31. März 121. An Unterstützungen sind allein rund 75 Mk. für erkrankte Kollegen gezahlt worden. Der Bevollmächtigte gibt die Wahlvorschriften sowie die Kandidaten zum Verbandstag und Gewerkschaftskongreß bekannt und macht die Wahl jedem einzelnen zur Pflicht. Eine längere Debatte entspinnt sich über die vom Vorstand gestellten Anträge zum Verbandstag. Die Kollegen erwarten, daß der Antrag, „den Zahlstellen nur 10 Prozent der Beiträge zu überlassen", abgelehnt wird, dadurch würden die Zahlstellen in ihrer Entwicklung gehemmt und gezwungen sein, höhere Lokalbeiträge einzuführen. Ferner wird fast von allen Rednern die Einführung von Staffelbeiträgen gewünscht; daß unser Verband nicht in dem Maße zunimmt, wie man erwarten sollte, liegt zum Teil an den hohen Beiträgen; gerade hier im Erzgebirge wird dadurch die Agitation sehr erschwert. Das Umschauen der reisenden Kollegen sowie das schriftliche Arbeitsuchen wird durch einige Redner scharf gerügt, es darf nur unser Arbeitsnachweis benützt werden, unsere Kollegen müssen dahin streben, auf Inserate in bürgerlichen Zeitungen nicht mehr zu reagieren. In einigen Werkstätten ist es vorgekommen, daß einzelne Kollegen sogar Sonntags gearbeitet haben; da jetzt genug arbeitslose Kollegen auf der Landstraße liegen, so erwartet die Versammlung, daß dies in Zukunft unterlassen wird. Mit der Aufforderung zu weiterer Agitation wurde die Versammlung geschlossen.

Güstrow. Am 8. April fand hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Falkenberg-Stettin über „Die wirtschaftliche Krise, ihre Ursachen und Wirkungen" referierte. Trotz hinreichender Bekanntmachung waren in der Versammlung von den 100 Mitgliedern nur 40 erschienen. Auch von den Stellmachern waren nur zwei Mann erschienen, obgleich sie alle schriftlich eingeladen waren. Diese Kollegen haben es immer noch nicht eingesehen, daß der Holzarbeiterverband der beste Vertreter ihrer Interessen ist, und daß sie nur durch ihn imstande sind, ihre überaus traurige Lage zu verbessern. Dieselbe Interesselosigkeit konnte man auch am Sonntag wieder wahrnehmen bei den Wahlen zum Verbandstag und Kongreß. Wochenlang ist in der „Holzarbeiter-Zeitung" schon davon geschrieben worden, in jeder Versammlung wurde darauf aufmerksam gemacht, und wieder haben es nur 41 Kollegen für nötig befunden, an der Wahl teilzunehmen, und diese mußte man auch zum größten Teil persönlich einladen. Noch einige Worte an die Kollegen der Tür- und Fensterfabrik Rökmann & Cie. In der Fabrikversammlung am 31. März konnte man auch wieder wahrnehmen, wie lax die Kollegen sich zeigen, wenn sie für eine bessere Bezahlung der ungelernten Arbeiter ihrer Fabrik mit eintreten sollen. Auch war nur die Hälfte der dort Organisierten in der Versammlung anwesend. In der Maifeierfrage haben ihnen die Genossen von dem Stahlwerk ein gutes Beispiel gegeben. Sie haben mit allen gegen eine Stimme beschlossen, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern. Kollegen, tretet auch ihr ein für eine würdige Feier des 1. Mai, klärt die Kollegen auf, die noch nicht begriffen haben, was der 1. Mai als Weltfeiertag unter den Arbeitern bedeutet. Zeigt eurem Chef, daß Einigkeit unter euch herrscht, laßt euch nicht mehr ködern. Das bringt der Direktion zwar Vorteile, euch aber die größten Nachteile. Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will. Kollegen von Güstrow, wir rufen euch zu: Der Winter ist vorbei, in der Natur beginnt ein neues Werden; erwacht aus eurem Winterschlaf. Zieht endlich die Schlafmütze runter von den Ohren, es muß, wie man zu sagen pflegt, „mehr Leben in die Bude kommen". Kollegen, tretet mehr wie bisher für eure Organisation ein. Helfe ein jeder mitarbeiten an dem Ausbau unseres Verbandes; ein jeder muß Agitator sein, denn nur mit einer geschulten Kollegenschaft und starker Organisation können wir Forderungen dem organisierten Unternehmertum gegenüber mit Nachdruck und erfolgreich vertreten.

Lüneburg. Wir machen zureisende Kollegen darauf aufmerksam, daß hier jeder Kollege verpflichtet ist, unseren Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus zu benützen. In letzter Zeit ist es vorgekommen, daß hiesige Unternehmer auswärts Arbeitskräfte angeworben haben, während hier Kollegen aus nichtigen Gründen und angeblich aus Arbeitsmangel auf die Straße gesetzt wurden. Umschau ist streng verboten.

Nürnberg. (Vergolder.) In der am 6. April stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Körner über: „Organisation und Agitation". Redner betonte, wie notwendig es sei, daß sich in jetziger Zeit jeder Arbeiter seiner Organisation anschließe. Die Unternehmer vereinigten sich ebenfalls zu größeren Verbänden, um eine geschlossene Macht den Arbeitern zu bieten. Während jedoch die Unternehmer nicht so naiv waren und sich nach Konfession oder nach Parteirichtung organisierten und sich gegenseitig bekämpften, sehen wir leider bei den Arbeitern, daß sie sich in Hirsch-Dunckerschen, christlichen oder gelben Gewerkschaften organisieren, und in ihrer Beschränktheit auch noch die modernen Organisationen untergraben. Aber auch unter den modern organisierten Arbeitern ist noch eine große Zahl vorhanden, welche nicht aus Ideen, sondern aus materiellem Prinzip organisiert sind. In den siebziger Jahren waren die Alten von ihrem Ideal überzeugt, dagegen sehen wir unter der jungen Generation nicht viel von einem Ideal. Die meisten denken schon durch den Besitz eines Mitgliedbuches ein überzeugter Arbeiter zu sein. Könnten wir den Arbeitern mit dem Mitgliedsbuch auch gleich die Ideale mit übergeben, dann wäre es freilich besser. Aber statt der Ideale übernehmen die Jungen die Eroberungen der Alten und sind dadurch schon etwas gleichgültig, um selbst mit in der Front zu stehen. Redner appelliert zum Schluß an die Kollegen, daß sie mit doppeltem Eifer ihre Pflichten tun, damit sie wenigstens für ihre Kinder ein besseres Dasein erkämpfen. Wenn jeder seine idealen Ziele auf seinen Nebenkollegen übertrüge, so wäre es ein leichtes, die Scharfmacher an die Wand zu drücken. Der Beifall der Anwesenden bewies, daß Kollege Körner mit seinen Ausführungen das Richtige getroffen hat. Eine Diskussion wurde nicht beliebt, dagegen wurde eine Aufnahme erzielt. Nachdem noch etliche interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Remscheid. (Modelltischler.) Obwohl in unserer Stadt die Verhältnisse nicht zu den rosigsten gehören, sondern noch viel zu wünschen übrig lassen und die Lokalverwaltung wie die organisierten Kollegen bemüht sind, die noch Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen, scheitert dieser Versuch in erster Linie immer wieder an der unter den Kollegen herrschenden Gleichgültigkeit und Lauheit. In unserer am 2. April abgehaltenen Versammlung wurde, um das Interesse für den Verband zu fördern, beschlossen, die Versammlungen mit Vorträgen und Vorlesungen auszustatten. Nach Erledigung einiger Sachen, wodurch besonders über die traurigen Verhältnisse auf einigen Werkstätten eine lebhafte Debatte entstand, wurde sodann einstimmig beschlossen, den auswärtigen Kollegen in Anbetracht der schlechten Verhältnisse am Orte Mitteilung zu machen, daß das Umschauen hier streng verboten ist, und wollen dieses die durchreisenden Kollegen beachten. Es ist unter den Kollegen ein Arbeitsnachweis eingerichtet, jede etwa frei gewordene Stelle ist sofort zu melden. Auskunft hierüber gibt der Kassierer der hiesigen Zahlstelle. Der Lohn hier am Orte schwankt zwischen 35 bis 55 Pf. die Stunde, in den meisten Werkstellen wird in Akkord gearbeitet. Näherer Bericht

über die Verhältnisse im ganzen, besonders über die Werkstätten wird in kurzer Zeit folgen. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, weiter Mitglieder für die Organisation zu werben, erreichte die Versammlung um 10½ Uhr ihr Ende.

Zeitz. (Korbmacher.) Eine gut besuchte Versammlung nahm zu der durch die Zentralkommission geschaffenen Situation der Geschoßkorbbranche Stellung. Es wurde bedauert, daß wir nicht die uns im Herbst angebotenen 30000 Stück à 3,25 Mk. Lohn angenommen haben. Es sollte aber vermieden werden, den Lohn auf ein derartiges Niveau im Geschwindschritt herabzudrücken. Die hiesigen Kollegen hielten an 3,50 Mk. fest mit Zustimmung des Hauptvorstandes. Die Folge war eine fast vierwöchige Arbeitslosigkeit. Dann hatten wir anstatt der angedeuteten Zahl nur reichlich 2000 Stück zu machen. Auch bei der nachfolgenden Vergebung von Geschoßkörben waren die hiesigen Kollegen wieder die geprellten. Gemäß des § 2 unseres Statuts forderten unsere Kollegen, daß bei diesen Submissionen mindestens der zuletzt gezahlte Lohn aufrechterhalten werde. Die Zustimmung der Lokalverwaltung, des Gauvorstandes und des Hauptvorstandes war eingeholt. Wieder befanden sich unsere Kollegen drei Wochen im Kampf. Da geschieht etwas ganz Unerwartetes; wir erhalten die Nachricht, daß wir für 3 Mk. pro Stück anfangen müssen. Eine lose Vereinigung von Korbmachermeistern war in Berlin zu einer Besprechung zusammengekommen und hatte den Beschluß gefaßt, um der Konkurrenz standzuhalten, nur noch 3 Mk. Lohn pro Stück zu bezahlen. Die Zentralkommission stimmte dem zu, der Hauptvorstand schloß sich dem an, und unsere Kollegen mußten zu Kreuze kriechen. Alle Kollegen waren darin einig, daß ein derartiges Vorgehen der Organisation nicht gutzuheißen ist. Die Zeitzer Kollegen haben es bisher vermieden, sich ohne zu Murren den Lohn ganz erheblich verschlechtern zu lassen. Sie haben in dieser Periode mutig ihren Mann gestellt, jedoch immer zu ihrem Schaden. Nicht nur daß gegen ihren Willen der Lohn herabging, nein, sie haben auch durch ihr Preishalten die Arbeit verloren. Bei der Firma Starke-Berlin werden schon längere Zeit Körbe für 2,60 Mk. (!) angefertigt. Auch die Firma Calm & Ahlfeld-Bernburg hat 7687 Stück Körbe für einen Preis von 4,50 Mk. angenommen, also um einen noch 10 Pf. geringeren Preis, als sie erst Lohn zahlte. Was werden die dortigen Kollegen wohl für Lohn bekommen? Infolge der schlechten Geschäftskonjunktur in den hiesigen Kinderwagenfabriken müssen unsere Kollegen nach außerhalb und leiden so unter der jetzt geschaffenen Situation doppelt. Die Versammlung faßte deshalb den Beschluß, die auswärtigen Kollegen vor Zuzug zu warnen und den Hauptvorstand zu ersuchen, in den Orten, wo Zahlstellen bestehen, auch dafür zu sorgen, daß die Löhne nicht noch weiter zurückgehen. Des weiteren wurde eine Resolution angenommen, welche die bisherige Tätigkeit der Zentralkommission scharf tadelt und verlangt, daß dieselbe von Berlin verlegt werde.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Dannenberg a. Elbe (W. Ziesenitz), Liegnitz, Parchim, Posen (Bernard), Reistenhausen, Sangerhausen, Scherrebek in Schleswig, Schwedt an der Oder, Straubing, Zeitz (Steudel) und Biel, Bern, Luzern in der Schweiz, Fogaras in Ungarn, Sofia in Bulgarien;

Tischlern, Stuhlbauern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Fellbach bei Stuttgart (Möbelfabrik Wagner), Rabenau i. S.;

Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Liebscher); Harburg a. Elbe;

Korbmachern nach Eisleben, Lübeck (Möhlert), München-Ebenhausen (Sauer), Kopenhagen, Stockholm;

Pantinenmachern nach Wittstock (Falkenthal);

Werftarbeitern nach Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Hamburg, Kiel, Lauenburg a. E., Rostock, Stettin, Vegesack;

Sägern nach Kirchseeon in Oberbayern (Desloges);

Orgelbauern, Drechslern und Bildhauern nach Steinach am Brenner in Tirol;

Klaviermachern nach Liegnitz (Schneider), Zürich;

Kistenmachern nach Bünde i. Westfalen (Althage & Herbrechtsmeier).

In Böhl bei Ludwigshafen wurde bei der Firma Blume & Co. der angedrohte Lohnabzug zurückgezogen, wonach auch die Kollegen die dieserhalb erfolgte Kündigung rückgängig machten.

In Bünde i. W. befinden sich die Kollegen in der Kistenfabrik von Althage & Herbrechtsmeyer bereits seit drei Wochen im Streik. Die Firma bemüht sich allenthalben, Arbeitswillige heranzuziehen, doch haben sich bisher nur zwei „arbeitswillige Elemente" angefunden, ein ehemaliger Marktschreier und ein stellenloser Oberkellner. Die streikenden Kollegen sind guten Mutes. Wir bitten um Fernhaltung des Zuzugs.

In Fellbach bei Stuttgart befinden sich die Kollegen der Firma K. Wagner, Möbelfabrik in Fellbach, wegen Maßregelung von Kollegen und Nichteinhalten des Vertrags seit dem 13. April im Ausstand. Da die Firma Unterhandlungen ablehnt, bitten wir, den Zuzug fernzuhalten.

In Mannheim wurde der im Jahre 1906 mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossene Arbeitsvertrag für die in den Hobel- und Sägewerken beschäftigten Maschinen- und Hafenarbeiter von beiden Seiten auf 1. April gekündigt. Unsere Kollegen beabsichtigten zunächst, an Stelle der neuneinhalbstündigen Arbeitszeit die neunstündige einzuführen, die schon seit Jahren in der Holzindustrie Mannheims üblich ist, dabei sollten die Löhne entsprechend regulert werden. Der Arbeitgeberverband dagegen legte einen Tarifentwurf vor, welcher bedeutende Verschlechterungen enthielt. Als keine Einigung erzielt wurde, erklärten sich die Arbeitgeber schließlich bereit, ihren verschlechterten Tarifentwurf zurückzuziehen und den seitherigen Tarif ein Jahr weiter laufen zu lassen. Als dieses Angebot von den beteiligten Kollegen abgelehnt wurde, machten die Arbeitgeber am 8. April morgens bekannt, wer bis 12 Uhr mittags sich nicht unterschriftlich verpflichte, zu dem seitherigen Tarif weiter zu arbeiten, am Samstag den 11. April entlassen sei. Von den etwa 600 in Betracht kommenden Arbeitern haben ganze vier Mann unterschrieben. Mithin wurde am 11. April in sämtlichen Hobelwerken die Aussperrung vollzogen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

In Rabenau wurden am 2. April in den Stuhlfabriken 500 Kollegen wegen Differenzen betreffs der Arbeitszeit ausgesperrt. Nach wenigen Tagen gelang es, die Differenzen beizulegen, und wurde daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen. Näherer Bericht folgt.

Ausland.

In Sofia in Bulgarien, wo nach einer Meldung an den Sekretär der Internationalen Union 36 Kollegen bei der Firma Gantscho Gavrilow die Arbeit eingestellt hatten, ist der Streik nach vierwöchiger Dauer beendet worden, nachdem die Mehrzahl der Beteiligten anderweitig in Arbeit getreten ist. Über den Betrieb ist die Sperre verhängt. Da die Konjunktur günstig ist, besteht die Hoffnung, daß sich der Unternehmer noch bequemt, die geforderte Lohnerhöhung und die Abschaffung der Akkordarbeit zu bewilligen. Es ist aber unbedingt erforderlich, den Zuzug fernzuhalten, zumal sich der Unternehmer bemüht, im Ausland Arbeiter anzuwerben.

Aus der Holzindustrie.

Der Arbeitsmarkt in der Berliner Holzindustrie.

Vor kurzem wurde in der Berliner Stadtverordnetenversammlung von einem Berliner Tischlermeister erklärt, daß der gegenwärtige Zustand auf wirtschaftlichem Gebiet nicht als eine Krise anzusprechen sei, sondern es sei nur eine Konjunkturabschwächung. Wie diese Konjunkturabschwächung in der Berliner Holzindustrie aussieht, das zeigt recht deutlich für jeden, der sehen will, die Vermittlungstätigkeit des paritätischen Arbeitsnachweises für das erste Quartal 1908. Die hier folgende Tabelle gibt darüber Auskunft. Zum Vergleich sind die Zahlen des ersten Quartals 1906 mit angeführt, da das erste Quartal 1907 wegen der Aussperrung nicht zum Vergleich herangezogen werden kann.

Branche	Erstes Quartal 1908			Erstes Quartal 1906		
	Eingeschriebene Arbeitsuchende	Offene Stellen	Besetzte Stellen	Eingeschriebene Arbeitsuchende	Offene Stellen	Besetzte Stellen
Tischler . . .	5091	1318	975	5517	4184	2843
Einsetzer . . .	449	45	33	769	369	262
Stellmacher . .	282	103	86	409	206	156
Stockarbeiter . .	179	142	120	70	136	64
Drechsler . . .	209	74	57	356	214	163
Modelltischler . .	208	178	151	222	216	162
Möbelpolierer . .	1189	519	411	1200	1121	789
Maschinenarbeiter	572	319	282	693	591	420
Summa . . .	8179	2698	2065	9236	7037	4859

Wie aus obiger Tabelle hervorgeht, war die Arbeitsmöglichkeit im ersten Quartal 1908 eine äußerst geringe, was noch besonders deutlich wird, wenn man das Verhältnis der offenen Stellen zu den Einschreibungen in Betracht zieht.

Auf 100 offene Stellen kamen Eingeschriebene im ersten Quartal

Jahr	Tischler	Einsetzer	Stellmacher	Stockarbeiter	Drechsler	Modelltischler	Möbelpolierer	Maschinenarb.	Zusammen
1906	131	208	198	51	166	102	107	117	131
1908	462	997	273	126	282	116	229	179	303

Aus dem bisher Gesagten werden auch die folgenden erschreckend hohen Zahlen der noch vorhandenen Arbeitslosen ohne weiteres erklärlich. Auch hier sind die entsprechenden Zahlen für 1906 mit angeführt. Am Schlusse des Monats waren arbeitslos:

	1906	1908
Januar	1029	3886
Februar	849	3308
März	875	3166

Nachdem die allwöchentlich vorgenommenen Feststellungen über den Stand der Arbeitslosen zu der Hoffnung berechtigten, daß eine langsame Besserung der Verhältnisse eintreten würde, mußte diese Hoffnung aber schon Mitte März wieder aufgegeben werden. Bis zum 10. März hatten sich die Arbeitslosen bis auf 3067 vermindert, sodann machte sich eine abermalige, zwar langsame aber stetige Steigerung bemerkbar, so daß am 7. April schon wieder 3290 Arbeitslose vorhanden waren. Auch für die nächste Zukunft wird auf eine Verbesserung der Konjunktur nicht zu rechnen sein. Welche Summe von Not und Elend diese Verhältnisse für den einzelnen Arbeitslosen mit sich bringen, wird erst recht klar, wenn man die Dauer der Arbeitslosigkeit berücksichtigt. So wurden beispielsweise von den 2065 im ersten Quartal besetzten Stellen 386 durch Kollegen besetzt, die länger als dreizehn Wochen arbeitslos waren, 241 dieser Kollegen waren Tischler. Aber auch die übrigen Vermittelten hatten zum größten Teil sehr lange Arbeitslosigkeit hinter sich. Ferner kommt noch in Betracht, daß die Beschäftigung oft nur von sehr kurzer Dauer ist. Mancher Kollege, der nach einer 12 bis 14wöchigen Arbeitslosigkeit endlich Arbeit erhalten hat, liegt schon nach wenigen Tagen oder Wochen abermals auf der Straße, und das Elend der Arbeitslosigkeit beginnt von neuem.

Trotz dieser traurigen Verhältnisse macht sich aber immer noch ein starker Zuzug bemerkbar.

Die Kollegen im übrigen Deutschland, sowie besonders auch die ausländischen Kollegen können daher auf Grund der geschilderten Zustände nicht dringend genug gewarnt werden, wenn sie sich nicht wirtschaftlich ruinieren wollen, gegenwärtig nach Berlin zu kommen. Für zugereiste, mit den Berliner Verhältnissen nicht vertraute Kollegen ist es noch schwerer, Arbeit zu bekommen, als für Berliner Kollegen, da den Arbeitgebern genügend eingearbeitete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Deshalb, Kollegen, meidet in eurem eigenen Interesse vorläufig Berlin.

Zur Milzbrandfrage. Von den im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Bürsten- und Pinselmachern wurden schon wiederholt an die Reichsregierung Eingaben gerichtet, die seit dem Jahre 1899 bestehenden Bundesratsvorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter gegen die Milzbrandgefahr zu verbessern. Wenn auch im Jahre 1902 dem Verlangen der Arbeiter einigermaßen Rechnung getragen wurde, so bieten doch die Vorschriften noch lange nicht denjenigen Schutz der Arbeiter, um diese so gefährliche Krankheit zu verhindern. Eine im Dezember vorigen Jahres in Nürnberg stattgefundene Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher befaßte sich wiederholt mit dieser Frage, um die Reichsregierung aufzufordern, auf Grund der noch so häufig vorkommenden Erkrankungen und Todesfälle nur die bisher als einzig wirksam bekannte Desinfektion der Borsten und Haare, die Dampfdesinfektion, zuzulassen.

Da neben diesem Desinfektionsverfahren auch noch andere zugelassen sind, zum Beispiel Kochen der Borsten usw., welche absolut keine sichere Gewähr für Tötung der Milzbrandbazillen bilden, so wird man wohl diesem Verlangen die Berechtigung nicht absprechen können, zumal die jahrelange Praxis der Dampfdesinfektion, speziell in Nürnberg, bewiesen hat, daß sie ohne Schädigung angewendet werden kann.

Wenn in früheren Jahren sich die Unternehmer auf den Standpunkt stellten, die Desinfektion des gesamten Materials, beziehungsweise die Dampfdesinfektion an und für sich, bedeute den Ruin der Pinselfabrikanten, so haben die letzten Jahre gerade das Gegenteil bewiesen. Flotter Geschäftsgang, hohe Dividenden traten an Stelle des vorhergesagten Ruins der Industrie ein.

Hat doch jetzt selbst auf eine Aufforderung der Reichsregierung, einem Verlangen der Arbeiter entsprechend, der Verband der Pinzelindustriellen sich in einem Gutachten dahin geäußert, daß eine Zwangsdesinfektion des Materials eine volkswirtschaftliche Schädigung nicht herbeiführen würde. Wie notwendig es ist, hier Wandel zu schaffen, beweisen die häufig vorkommenden Erkrankungen und Todesfälle. Im Verlauf einiger Wochen kamen in Nürnberg in verschiedenen Pinselgeschäften wiederum einige Erkrankungen vor, die große Beunruhigung unter den Arbeitern und Arbeiterinnen herbeiführten. Hier ist dem Nürnberger Magistrat und der Gewerbeinspektion Gelegenheit gegeben, mehr als bisher den Unternehmern auf die Finger zu sehen, damit die Vorschriften betreffs Desinfektion auch eingehalten werden.

Zum Submissionswesen. Eine Submissionsblüte, wie sie von gleicher Schönheit selten zu finden ist, zeitigte der katholische Kirchenbau in Pfersee bei Augsburg. Vor wenigen Tagen wurde von der Kirchenverwaltung die Herstellung des zirka 1200 Quadratmeter großen Holzplafonds im Submissionsweg vergeben. Hierbei wurden nachstehende Angebote gelegt:

a. mit Gerüst:

Bradatsch-Augsburg	38 950	Mk.
Mayer & Sohn-Augsburg . . .	24 415	„
Immler-Pfersee	18 000	„
Dendel-Straubing	16 957	„

b. ohne Gerüst:

Walter-Augsburg	33 720	Mk.
Rößner-Augsburg	33 250	„
Wilke-Augsburg	28 500	„
Mayer & Sohn-Augsburg . . .	19 000	„
Immler-Pfersee	16 150	„

Die Herstellung des Gerüstes wird von Fachleuten auf zirka 4500 Mk. geschätzt; vorgeschrieben ist ferner erstklassiges, astreines Holz. Dendel in Straubing, der die Arbeit auch übertragen erhielt, liefert diese also um die Kleinigkeit von „nur" 21998 Mk. billiger als die ortsansässigen Konkurrenten; er muß zudem noch für die sehr erheblichen Transportkosten — zirka 95 Kilometer — aufkommen. Bei der zweiten Art der Submission beträgt die Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten Angebot ebenfalls das hübsche Sümmchen von 17570 Mk.! Als besonders interessant ist noch anzuführen, daß Dendel in Straubing, der die Arbeit für die katholische Kirche übertragen erhielt, schon seit Wochen seine Schreiner und Maschinenarbeiter — sowohl die im Deutschen wie auch im Christlichen Holzarbeiterverband organisierten — ausgesperrt hat, welchen Schritt er damit begründet, daß infolge der Konkurrenz der Großstädte eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden in Straubing und in Niederbayern überhaupt einfach undurchführbar sei!

Der leidende Teil bei solchen Auswüchsen im Submissionswesen ist bekanntlich stets der Arbeiter. Weil man das Rohmaterial denn doch gerade so zahlen muß wie die Konkurrenten, für gute Ausführung der übernommenen Arbeit schon durch die Bauaufsicht gesorgt wird, bleibt nirgends mehr zu sparen, wie beim Arbeiter. Grenzenlose Antreiberei, schlechte Löhne, Überstunden und Sonntagsarbeit ist die Folge solcher innungsmeisterlicher Rechenkünsteleien, nicht zu vergessen der erhöhten Unfallgefahr, die durch die sinnlose Wurstelei mit Sicherheit eintritt. Würden

die Arbeitgeber ihre kostbare Zeit zum Rechnen verwenden, anstatt in Scharfmacherei zu machen, sicher könnten derartige krasse Dinge nicht vorkommen, und Tausende von Mark würden den Arbeitgebern zu gute kommen, die ihnen jetzt durch eigene Schuld, durch ihre Unterbietungen verloren gehen. Treten aber die Arbeiter einmal mit Forderungen heran und verlangen diese einige Pfennige mehr Lohn, um wenigstens einigermaßen einen Ausgleich zu den teuren Lebensmittelpreisen zu schaffen — dann sind es dieselben Herren, die ihre Rechenkunst ins rechte Licht zu stellen versuchen und vom Untergang des Gewerbes, Konkurrenzunfähigkeit und dergleichen graulichen Dingen faseln. Andererseits werfen sie ganze Vermögen von sich!

Der Staat als Arbeitgeber. Bereits früher konnten wir vermerken, welch einen hohen Gewinn die königlich preußischen Bernsteinbergwerke für den Staat abwerfen. Dasselbe läßt sich auch für das Etatsjahr 1906 sagen. Denn nicht weniger als 1560363 Mk. betrug der Überschuß, mit welchem der Voranschlag um 151803 Mk. und der Überschuß des Jahres 1905 um 437206 Mk. übertroffen wurde. Da sich die Belegschaft um etwa 50 Mann verringerte, dürfte der trotzdem höhere Gewinn auf eine reichere Ausbeute der Gruben zurückzuführen sein. Nicht recht im Einklang mit dem erzielten Gewinn — oder schließlich gerade deswegen — ist der Lohn der etwa 1100 Personen, von denen etwa 270 Heimarbeiterinnen sind, während die übrigen die eigentliche Grubenbelegschaft bilden. Für letztere betrug der durchschnittliche Tagesverdienst 2,79 Mk.; derselbe steigt bei unterirdisch Beschäftigten Arbeitern auf 2,93 Mk. und bei den eigentlichen Bergleuten auf 3,87 Mk. täglich, während der Jahresdurchschnittsverdienst der Heimarbeiterinnen, denen das Sortieren und Bekratzen des Rohbernsteins obliegt, sich auf 383 Mk. belief. Wie seither immer, so überstieg auch im Jahre 1906 die Nachfrage nach Bernstein das Angebot, obwohl die Verwendung von Ambroid (eine Komposition von minderwertigem Bernstein und sonstigen unbrauchbaren Abfällen desselben) einen großen Umfang angenommen hat und diese Komposition dem Naturbernstein qualitativ fast gleichkommt und sich von letzterem nur der Farbe nach unterscheidet.

Ein Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe in Bayern r. d. Rh. ist in den letzten Wochen gegründet worden. An seiner Spitze stehen die Fabrikbesitzer F. Eyßer (Nürnberg) und G. Otto (Fürth). Sitz des Verbandes ist Nürnberg. Bis jetzt sind in 14 Städten Bezirksverbände errichtet worden. Als Zweck der Vereinigung, die sich dem Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe angeschlossen hat, wird angegeben, „das allgemeine wirtschaftliche Wohl des bayerischen Holzgewerbes zu fördern, unberechtigte Anforderungen der Arbeiter abzuwehren und in Streikfällen den Mitgliedern weitgehenden Schutz zu gewähren.“ Um auch das kleine Handwerk mit unter den großen Scharfmacherhut zu bringen, sind die Beiträge ganz niedrig bemessen. Das Unternehmertum schließt sich immer enger zusammen — eine Mahnung für die Arbeiter, nicht zurückzubleiben.

Ein Verband der polnischen Schreinermeister der Provinz Posen ist Ende März in Posen gegründet worden.

Die Waggonfabriken sind auch jetzt noch gut beschäftigt. Wie die „Köln. Volkszeitung“ hört, erwarten die Waggonfabriken eine Nachbestellung für die preußischen Staatsbahnen, die bisher nicht die gleiche Anzahl Wagen, wie in den letzten Jahren, in Auftrag gegeben haben. Auch die Aufträge für Kleinbahnen und für das Ausland haben sich stark vermindert, so daß heute bei den Waggonfabriken nicht mehr die Fülle der Arbeit vorliegt, wie im vorigen Jahre.

Aktiengesellschaft für Korbwarenindustrie vormals Amédée Hourdeaux in Lichtenfels. Der Umsatz hat sich im vergangenen Jahre nach dem Bericht wiederum gebessert. Das Verhältnis zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen blieb ungefähr das gleiche wie im Vorjahre. Abzüglich 128190 (im Vorjahr 123091) Mk. Unkosten und 17977 (17387) Mk. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 81383 (49080) Mk. zu folgender Verwendung: 40400 (15000) Mk. zu Rückstellungen, 35000 (30000) Mk. zur Verteilung einer Dividende von 7 (6) Prozent und 4983 (1580) Mk. als Vortrag auf neue Rechnung. Über das neue Geschäftsjahr läßt sich nach dem Bericht noch wenig sagen; der Geschäftsgang sei unverkennbar schleppender geworden, doch hofft der Vorstand, daß der Ausfall an der einen Stelle durch Aufträge von anderer Seite wieder ausgeglichen wird.

Gewerkschaftliches.

Die Mitgliederentwicklung der freien Gewerkschaften im Jahre 1907.

Wir haben bereits in einem Rückblick auf das Jahr 1907 darauf hingewiesen, daß die deutschen Gewerkschaften sich im genannten Jahre lange nicht so günstig entwickelt haben als in den drei vorhergehenden Jahren. Die später bekannt gewordenen Zahlen der einzelnen Gewerkschaften über ihre organisatorische Entwicklung im Jahre 1907 haben diesen Eindruck nur bestätigt. Wir wollen, um den Lesern einen ungefähren Überblick über die Mitgliederentwicklung zu geben, in folgender Tabelle den Mitgliederstand jener Gewerkschaften, über die bereits Jahresberichte vorliegen, zahlenmäßig nachweisen. Es hatten

	Mitglieder Ende des Jahres 1906	Mitglieder Ende des Jahres 1907	Zu- (+) oder Abnahme (—) gegen das Vorjahr
Bäcker	13 425	17 303	+ 3 878
Bauhilfsarbeiter	84 611	74 567	— 10 044
Bergarbeiter	110 247	111 476	+ 1 229
Bildhauer	4 905	4 360	— 545
Brauer	28 602	33 177	+ 4 575
Buchbinder	29 474	22 059	+ 1 588
Buchdrucker	48 447	53 529	+ 5 082
Fleischer	2 933	3 066	+ 136
Gastwirtsgehilfen	6 309	6 702	+ 393
Gemeindearbeiter	23 238	26 207	+ 2 969
Handels- und Transportarbeiter	81 784	88 961	+ 7 177
Handschuhmacher	3 686	2 935	— 751
Holzarbeiter	151 717	147 492	— 4 225
Hutmacher	6 806	6 893	+ 87
Kürschner	1 906	2 333	+ 427
Lederarbeiter	7 952	7 874	— 78
Maler	34 769	40 168	+ 5 399
Maschinisten	14 859	18 132	+ 3 273
Maurer	183 747	197 066	+ 13 319
Metallarbeiter	335 075	362 204	+ 27 129
Portefeuiller	3 977	3 895	— 82
Porzellanarbeiter	14 169	14 704	+ 535
Sattler	6 829	7 010	+ 181
Schmiede	17 696	18 743	+ 1 047
Schneider	36 073	40 271	+ 4 198
Schuhmacher	35 322	38 158	+ 2 836
Steinarbeiter	17 702	19 175	+ 1 473
Steinsetzer	9 577	10 253	+ 676
Tapezierer	8 008	8 479	+ 471
Zimmerer	52 377	53 272	+ 895
Zivilmusiker	979	1 401	+ 422
	1 368 201	1 441 865	+ 73 664

Die 31 Gewerkschaften, über die eine Mitgliederübersicht für das Jahr 1907 vorliegt, hatten also Ende dieses Jahres 1441865 Mitglieder gegen 1368201 ein Jahr früher. Das entspräche einem Jahreszuwachs von 73664 oder — berücksichtigt man, daß die Organisationen der Konditoren und Wäschereiarbeiter sich im Jahre 1907 aufgelöst und den Bäckern resp. Schneidern angeschlossen haben, so daß ihre Mitgliederzahl von 2594 resp. 5061 in jenen Organisationen aufgegangen ist — einen tatsächlichen Mitgliederzuwachs von 66009 pro 1907. Es ist kaum zu hoffen, daß die in obiger Übersicht nicht vertretenen Gewerkschaften sich verhältnismäßig günstiger entwickelt haben, als die angeführten 31 Organisationen, so daß insgesamt wohl kaum mehr denn 100000 Zunahme an Mitgliedern pro 1907 zu verzeichnen sein dürfte.

Im Baugewerbe haben die Tarifverhandlungen eine Unterbrechung erfahren. Dieselben sollen Ende des Monats in Berlin wieder aufgenommen werden, und zwar für alle jene Orte, wo eine Einigung noch nicht erzielt ist.

Im Malergewerbe dagegen ist die Aussperrung perfekt. Doch kann man sie jetzt schon als einen Hereinfall der Unternehmer bezeichnen, denn anstatt 12000 Gehilfen zu treffen, wie seit Monaten schon angedroht ist, erstreckt sie sich nur auf rund 2300 Arbeiter.

Der Brauerverband hat im letzten Jahre eine außerordentlich erfolgreiche Lohnbewegung geführt, denn mit seiner Hilfe erreichten 6261 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von 35451 Stunden pro Woche oder 1843452 Stunden pro Jahr; ferner 17061 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 44577 Mk. pro Woche oder 2318004 Mk. pro Jahr. Tarifverträge wurden im Berichtsjahr abgeschlossen durch Verhandlungen 145, in den davon betroffenen Betrieben sind rund 15000 Arbeiter beschäftigt; durch Streiks kamen 39 Tarifverträge für 2447 beschäftigte Personen zustande.

Der Handschuhmacherverband musterte Ende 1907 2935 Mitglieder. Da er ein Jahr früher 3686 Mitglieder zählte, würde das einen Rückgang um 751 Mitglieder bedeuten. Allerdings weisen die Abrechnungen des Verbandes noch 737 Restanten mit 6838 Restwochen auf, so daß der Mitgliederverlust tatsächlich nicht gar so groß ist. Das Verbandsvermögen verringerte sich im Jahre 1907 von 88519 Mk. auf 77928 Mk.

Der Schuhmacherverband hat im letzten Jahre eine umfangreiche Lohnbewegung entfaltet. Im ganzen wurden mit seiner Hilfe im Jahre 1907 in 182 Fällen in 1489 Betrieben mit 24733 Beschäftigten Forderungen gestellt. In 153 Fällen in 932 Betrieben mit 21448 Beschäftigten konnten diese Forderungen ohne Streik erledigt werden. Angriffsstreiks fanden 29 statt, an denen 2402 beteiligt waren. Zwei Aussperrungen mußten abgewehrt werden. Das Resultat der gesamten Bewegung ist: Für 5184 Personen wurde die Arbeitszeit pro Woche um 15980 Stunden verkürzt und für 6623 Personen der Lohn um 10670 Mk. erhöht. Das ergibt pro Jahr 799000 Stunden Arbeitszeitverkürzung oder pro beteiligte Person und Jahr rund 154 Stunden weniger Arbeitszeit und 533500 Mk. Lohnerhöhung pro Jahr oder pro beteiligte Person und Jahr rund 80 Mk. Lohnerhöhung. Die Streiks und Aussperrungen dauerten zusammen 70396 Tage und erforderten 227031 Mk. an Unterstützung.

Der Steinarbeiterverband musterte am Schlusse des letzten Jahres 19175 Mitglieder gegen 17702 Ende 1906, so daß er im Jahre 1907 1473 Mitglieder zugenommen hat. Das Hauptkassenvermögen belief sich Ende 1906 auf 236609 Mar, Ende 1907 auf 351386 Mk.

Vereinigung zweier Verbände. Der Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften wird sich vom 1. Juli 1908 ab mit dem Zentralverein der Bureauangestellten vereinigen. Die beiden Organisationen halten während der Ostertage in Berlin zunächst getrennt und sodann gemeinsam Verbandstage ab, um das neue Statut usw. zu beraten. Bei der Konstituierung wird der neue Verband zirka 4200 Mitglieder zählen. Er wird der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören und voraussichtlich den Namen Verband der Bureauangestellten und Krankenkassenbeamten usw. Deutschlands führen.

Das Berliner Gewerkschaftshaus ist erweitert worden. Dadurch ist es, soweit es sich um die Bureauräume handelt, auf das Doppelte seiner bisherigen Größe ausgedehnt worden, und doch reicht das vergrößerte Haus nur eben aus, um den gegenwärtigen Anforderungen der Gewerkschaften zu genügen. Nach einigen Jahren werden voraussichtlich die Gewerkschaften so weit gewachsen sein, daß ihnen auch das neue Heim zu eng wird. So wachsen die Organisationen der Arbeiter zu immer größerer Ausdehnung und Macht empor, ein sicheres Bollwerk bildend gegen den Ansturm des Unternehmertums und eine starke Position zur Wahrung der Arbeiterinteressen.

In Nürnberg belief sich Ende Dezember 1907 die Mitgliederzahl der modernen Gewerkschaften auf 37882, davon 32618 männliche und 5264 weibliche. Das bedeutet für das Jahr 1907 eine Zunahme der männlichen Mitglieder um 5000, der weiblichen um 500.

In Cöln sind die Gewerkschaften im letzten Jahre in ihrer Mitgliederzahl stationär geblieben. Sie hatten Ende 1906 18792 (davon 398 weibliche), Ende 1907 18794 (davon 450 weibliche) Mitglieder.

Soziale Rechtspflege.

Landwirtschaftliche Arbeiter oder Facharbeiter.

□ Viele unserer Kollegen arbeiten auf dem Lande, auf Gutshöfen, als Schreiner, Wagner usw. Sie sind da gewöhnlich bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versichert und werden im Falle einer Verletzung den landwirtschaftlichen Arbeitern gleichgeachtet und auch entschädigt.

Vielen ist aber nicht bekannt, daß sie gesetzlich Anspruch darauf haben, als Facharbeiter nach ihrem eigenen Verdienst entschädigt zu werden.

§ 1 Abs. 6 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft lautet:

„Wer im Sinne dieses Gesetzes als Betriebsbeamter oder als eine solche Person anzusehen ist, welche zum Unterschied von den gewöhnlichen land- oder forstwirtschaftlichen Arbeitern eine technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnimmt (zum Beispiel Förster, Gärtner, gewerbliche Facharbeiter, wie Brenner, Maschinenführer, Heizer, Müller, Ziegler, Stellmacher, Schmiede u. a.), wird durch statutarische Bestimmung der Berufsgenossenschaft (§ 33) für ihren Bezirk festgestellt. Bis zum Erlaß entsprechender statutarischen Bestimmungen bleiben diese Personen den sonstigen Arbeitern gleichgestellt.“

Es ist deshalb darauf zu sehen, daß die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft auch diese Statutenbestimmung aufgenommen hat. Wie wichtig dies ist, ergibt sich aus folgender Darstellung.

Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter erhalten im Unfall nicht ihren eigenen Lohn, sondern nur die Jahreslöhne, die für die Land- und Forstwirtschaft für bestimmte Gebiete oder Bezirke festgelegt sind. In vielen Gemeinden beträgt dieser „Jahresverdienst“ 320 bis 480 Mk. pro Jahr! Verunglückt zum Beispiel ein Wagner eines Gutshofs, so kann es ihm passieren, wenn er nicht darauf achtet, daß die schlaue Berufsgenossenschaft ihm einfach den Jahresverdienst der landwirtschaftlichen Arbeiter der Rente zugrunde legt. Beträgt dieser Lohn zum Beispiel nur 480 Mk. pro Jahr, so erhält er im Falle seiner völligen Erwerbsunfähigkeit nur eine Rente von 320 Mk. pro Jahr oder 26,60 Mk. pro Monat, bei einer Teilrente von 20 Prozent nur 5,35 Mk. pro Monat. Verdiente der Wagner nun 1000 Mk. pro Jahr, so müßte seine Rente doppelt so hoch sein.

Tausende von Facharbeitern sind deshalb durch ihre Unkenntnis der Gesetze schon schwer geschädigt worden. Es gilt deshalb aufzupassen, wie dies ein Gärtner mit Hilfe seiner Organisation fertig brachte, eine höhere Rente herauszuschlagen. Bekanntlich sind Gärtnereien auch bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versichert. Der Gärtner K. verunglückte während der Arbeit und erhielt eine Rente nach dem ortsüblichen Taglohn landwirtschaftlicher Arbeiter, der im Bezirk seines Wohnorts nur 600 Mk. betrug. Er machte bei der Berufsgenossenschaft geltend, daß er nicht landwirtschaftlicher Arbeiter, sondern Facharbeiter, Kunstgärtner sei, und deshalb die Rente aus seinem eigenen Verdienst mit 1139 Mk. erhalten müsse. Die Berufsgenossenschaft weigerte sich jedoch, den Lohnsatz zu erhöhen, und mußte der Verletzte die Hilfe des Schiedsgerichts anrufen. Dieses gab der Berufung statt und führte im Urteil unter anderem folgendes aus:

„Kläger ist, wie seine Arbeitgeberin, die Firma S. berichtet hat, tatsächlich als Kunstgärtner anzusehen, da er die hierzu nötigen Kenntnisse und die erforderlichen Erfahrungen besitzt. Er hat schon jahrzehntelang als Kunstgärtner bei der Firma S. und in anderen Betrieben gearbeitet und insbesondere auch wiederholt neue Gartenanlagen größeren Stils ausgeführt, wie aus den mehrfachen, von ihm vorgelegten Zeugnissen hervorgeht. Kläger ist mithin im Sinne des § 1, 6 des land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 und des § 40 des Statuts der Berufsgenossenschaft vom 4. Dezember 1901 zu solchen Personen zu rechnen, die zum Unterschied von den gewöhnlichen Arbeitern — land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern — eine Stellung einnehmen, welche eine besondere technische Fertigkeit erfordert. Der Berechnung der Rente mußte hiernach gemäß § 9 aa. o. derjenige Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt werden, welchen der Verletzte in dem Betrieb, in welchem der Unfall sich ereignete, während des letzten Jahres bezogen hat. Dieser Verdienst stellt sich nach der von der Firma S. eingereichten und vom Kläger als zutreffend bezeichneten Lohnnachweisung auf 1138,80 Mk. jährlich.“

Die Berufsgenossenschaft mußte also wohl oder übel die Rente auf das Doppelte erhöhen. Deshalb ist diese Frage stets genau zu beachten.

Technisches.

Vom Fachblatt für Holzarbeiter, der im Verlag unseres Verbandes erscheinenden Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift, liegt nunmehr das Aprilheft vor. Es ist in der Hauptsache Bruno Paul, dem großen Raumkünstler gewidmet. Joseph Aug. Lux gibt eine Würdigung des Künstlers, von dessen neueren Arbeiten eine ganze Reihe in 9 Bildern vorgeführt werden. An textlichen Beiträgen bringt das Heft

noch eine Abhandlung über „Geschichte und Technik des Klaviers", „Eine bürgerliche Kücheneinrichtung" (mit 6 Federskizzen von Chr. Hövel) und die Fortsetzung des Artikels des Architekten O. Winkelmüller über den Treppenbau. (Mit vielen Abbildungen.) Das Heft enthält insgesamt 49 Abbildungen, darunter neben den genannten Arbeiten perspektivische Ansichten eines Frühstücksraums und eines Schlafzimmers, Entwürfe von Stühlen, Garten- und Verandamöbeln, Damenzimmermöbeln, eines Flügels, zweier Haustüren und eines Treppengeländers. Ein Abonnement dürfte sich für alle Holzarbeiter sehr empfehlen.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter" erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adlerstraße 43. Neu hinzutretenden Abonnenten wird das erste Quartal des „Fachblatt für Holzarbeiter" gegen Voreinsendung von 1 Mk. nachgeliefert.

Von dem **Jahrgang 1907** sind noch mehrere Exemplare in geschmackvollem Einband auf Lager. Dieser Jahrgang enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters sowie recht gute Abhandlungen aus unserem Gewerbe. Der Jahrgang 1907 des „Fachblatt für Holzarbeiter" bildet eine Zierde für jede Arbeiterbibliothek.

Bemerkt sei auch an dieser Stelle, daß **Einbanddecken** für den Jahrgang 1907 und 1906 gegen Voreinsendung von 1 Mk. für das Stück portofrei von der Expedition der Zeitschrift bezogen werden können.

Eingesandt.

Zur Agitation!

Es ist schon auf verschiedene Momente hingewiesen worden, welche Schuld tragen sollen an dem jetzigen Stillstand unserer Mitgliederzahl. In Nr. 9 der „Holzarbeiter-Zeitung" hat Kollege Feller in Hannover behauptet, daß vor 10 Jahren der Geist der Kollegen ein ganz anderer gewesen sei wie heute. Damals hätte man sich noch bei einem kleinen Häuflein von Kollegen viel besser aussprechen können wie heute. Ich weiß nicht, wie der Kollege auf den Gedanken kommt. Ich habe schon verschiedenen Versammlungen beigewohnt, wo die Gemüter recht hitzig wurden; die Kollegen haben eben einfach ihre Ansicht vertreten. Wenn Kollege Feller meint, daß in großen Versammlungen mancher junge Kollege nicht zu Wort kommen kann, so sei darauf hingewiesen, daß man ja in den größeren Zahlstellen Werkstattversammlungen hat, wo die Kollegen ganz gut ihre Ansicht äußern können. Es ist deshalb den jungen Kollegen das Wort in keinem Falle abgeschnitten. Es ist ja schon viel darüber gesprochen worden, wie die Agitation besser ausgebaut werden kann. Auf verschiedenen Gautagen ist die Ansicht ausgesprochen worden, daß die Gaue zu groß seien. Daß wir große Gaue haben, ist nicht zu bezweifeln. Da der Gauvorstand verschiedene Kollegen im Gau an der Hand hat, welche für die Agitation tätig sind, so könnte man die Gaue in kleinere Bezirke einteilen und den besten Kollegen den Auftrag geben, die Agitation in dem Bezirk zu betreiben. Die Kollegen sollen bedenken, wie vorteilhaft es ist, wenn ein Kollege nur 10 bis 15 Orte hat, welche er bearbeiten kann. Man kann dort die Versammlungen besser gestalten, und dadurch gibt es wieder neues Leben in den Versammlungen. Man hat stets Fühlung mit den noch indifferenten Holzarbeitern und kann mehr mit diesen verkehren. Ein Kollege, welcher kein so großes Arbeitsgebiet hat, alle Monate kommen kann, wird mehr erreichen, als wenn man bloß einmal im Jahre kommt. Ich glaube, auf diese Weise wäre das größte Stück der brennenden Frage gelöst. Ich glaube, auf diese Art könnte man besser der Mitgliederfluktuation entgegentreten und die Kollegialität besser pflegen. Biesinger-Hechingen.

Zur Lage der Maschinenarbeiter.

Bezugnehmend auf die Artikel in Nummer 11, 13 und 14 unter gleicher Überschrift, ist im allgemeinen über die Lage der Maschinenarbeiter berichtet worden, und zwar ist dem wohl nicht viel hinzuzusetzen. Die Verhältnisse sind wohl überall verschieden, im allgemeinen wohl aber die Mißstände dieselben. Speziell das Krautern der Bankgesellen an der Maschine muß als das größte Übel mitbezeichnet werden. Wegen der großen Unfallgefahr, welcher sich die einzelnen Kollegen aussetzen, wenn man sieht, wie die Kollegen mit stumpfen Messern und Sägen arbeiten, denn das Schleifen und Sägenschärfen kostet ja Zeit, und die glauben sie nicht übrig zu haben. Ähnlich sieht es mit der Akkordarbeit an der Maschine aus; durch übermäßiges Schuften glauben die Kollegen einen höheren Lohn verdienen zu können, wenn dann die Akkordpreise herabgesetzt werden, schuften sie um so mehr und setzen sich der Unfallgefahr noch mehr aus. Auf jeden Fall ist die Akkordarbeit an der Maschine energisch zu bekämpfen. Wenn nun berichtet wird, daß die süddeutschen Gewerbeinspektoren besser auf dem Posten sind als die preußischen, so mag das wohl zutreffend sein. Wir Hamburger müssen allerdings unsere Altonaer Kollegen noch beneiden um ihre Gewerbeinspektion. Nur das eine sei hier angeführt, die Altonaer hat sich wohlwollend der runden Messerwellen angenommen, wohingegen die Hamburger nichts davon wissen will. Was ja auch zur Folge hat, daß in Altona 8 Wellen laufen und in Hamburg nur eine. Das ist nur in bezug auf die runde Messerwelle, in anderer Beziehung ist es genau dasselbe. Kollegen, durch alle diese Artikel sind wohl die Mißstände gekennzeichnet, aber nicht beseitigt. Es tritt nun die Frage an uns, wie sind diese Mißstände wirksam zu beseitigen. Wir meinen, daß dann die von den Stuttgarter Kollegen angeregte Konferenz der Anfang zur Beseitigung wäre; auf dieser würden einmal alle Mißstände zutage gefördert, und dann die nötigen Maßnahmen getroffen werden müssen. Wir meinen, daß wir eine ständige Statistik einführen in betreff Unfälle, Berufskrankheiten und sanitäre Einrichtungen in bezug Staubabsaugung. Um zu versuchen, eventuell auf gesetzlichem Wege Besserung zu schaffen. Denn nicht genug, daß wir ständig der Gefahr ausgesetzt sind, zum Krüppel zu werden, müssen wir auch noch in den meisten Betrieben den Staub einschlucken. Denn in den wenigsten Betrieben sind Exhaustoren vorhanden. Da nun aber unser Hauptvorstand bis jetzt immer noch nicht für eine Maschinenarbeiterkonferenz zu haben war, allein weil wir angeblich kein abgeschlossener Beruf sind. Wir möchten nun alle Kollegen ersuchen, eine rege Aussprache in der „Holzarbeiter-Zeitung" zu vollziehen, damit sich der Hauptvorstand von dem Zweck einer Konferenz überzeugen kann. Auch betreff der Organisation und Agitation ist eine Konferenz der Maschinenarbeiter vonnöten, denn es gibt noch ein großes Stück Agitationsarbeit zu leisten. Hierzu würde eine Konferenz wesentlich dazu beitragen, um die Agitation zu fördern. Also, Kollegen, nun frisch ans Werk, agitiert für die Konferenz.

J. A. der Sektion der Maschinenarbeiter Hamburgs:
B. Schlichtcroll.

Zur Lage der Maschinenarbeiter.

Jetzt, wo über die Lage der Maschinenarbeiter diskutiert wird, ist es angebracht, auch die Lage der Stuttgarter Maschinenarbeiter zu besprechen. Nach dem Artikel in Nr. 11 könnte man annehmen, daß wir hier in Süddeutschland auf Rosen gebettet wären; dem ist aber nicht so, trotzdem die Gewerbeinspektion durchgreifender arbeitet als in Nord- und Mitteldeutschland. Des öfteren haben die Stuttgarter Maschinenarbeiter Statistiken aufgenommen, aber jedesmal stellte es sich heraus, daß die Lage der Maschinenarbeiter, speziell in bezug auf sanitäre Verhältnisse, eine traurige ist. Man sollte es nicht für möglich halten, daß trotz der Veröffentlichung in der „Holzarbeiter-Zeitung" weder von der Berufsgenossenschaft noch von der Gewerbeinspektion gründliche Remedur geschaffen worden ist. Wie der § 120 a der Gewerbeordnung durchgeführt wird, nur eine Probe. Vor einigen Jahren verbot die Gewerbeinspektion den Betrieb in einem mit Maschinen neu eingerichteten Geschäft. Der Betriebsinhaber wandte sich aber an die der Gewerbeinspektion vorgesetzte Behörde, und diese erteilte dann dem Betriebsinhaber die Konzession, die Maschinen in dem unter der Erde gelegenen ungesunden Lokal in Betrieb zu setzen.

Eine andere Fabrik hat einen Maschinensaal, der ungefähr 8 bis 9 Meter lang ist und etwa 3 Meter breit, 2,80 Meter hoch. In demselben stehen 5 Maschinen, und zwar eine Bandsäge, Abrichtmaschine, Dicktenhobel- und Fräsmaschine sowie eine Drehbank. Daß die Staubentwicklung in diesem engen Raum groß ist, wird jeder zugeben. Zur Sommerzeit kann man natürlich die Fenster öffnen. Dieser Saal wird, wenn der Hausknecht guter Laune ist, abends so halbwegs gereinigt. Selten wird er aber untertags von Abfallholz gesäubert; er bildet sehr oft tage- und wochenlang den Stapelplatz für Säcke mit Säge- und Hobelspänen. Auch kommt es des öfteren vor, daß man über die Holzabfälle klettern muß, will man an diese oder jene Maschine. Der Meister, der die Arbeiter auf jede Art zu schikanieren versteht, findet keine Zeit, dafür zu sorgen, daß in dem engen Maschinensaal Ordnung herrscht, was im Interesse der Unfallverhütung vonnöten wäre. Weder Berufsgenossenschaft noch Gewerbeinspektion bemerken von den vorgeführten Mißständen etwas. Der Gewerbeinspektor kann höchstens bei 10 Grad Kälte, wenn er die große Staubentwicklung sieht, anordnen, die Fenster zu öffnen, unbekümmert um die Gesundheit des Arbeiters. Von den Beamten der Berufsgenossenschaft und Gewerbeinspektion wird dabei immer geklagt, daß auf Befragen die Arbeiter über keine Mißstände zu berichten haben. Es ist ja leicht begreiflich, daß die Arbeiter in Gegenwart des Prinzipals oder des Werkführers nichts aufdecken. In einem Geschäft kam es vor, als der Beamte nach den Schutzvorrichtungen fragte, und der Arbeiter die Meldung machte, daß keine für diese Maschine da wäre, der Werkführer erklärte, daß solche vorhanden sei, vom Arbeiter nicht angeschraubt würde. Er schickte nun den Arbeiter, die Schutzvorrichtung zu suchen, welchem Auftrag der Arbeiter nachkam, aber vergeblich. Hätte der Arbeiter auf seine Behauptung gepocht, dann wäre die sofortige Entlassung sicher gewesen. Führt man bei der Berufsgenossenschaft Beschwerde, so ist der Arbeiter, auf den der Verdacht fällt, die Meldung seinem Verband oder dem Arbeitersekretariat zur Weiterbeförderung gebracht zu haben, nicht mehr sicher in seinem Geschäft. An die Berufsgenossenschaft selbst sich wenden, ist gefährlich für jeden, der sein Brot beim Unternehmer suchen muß. Der Arbeiter, auf den der Verdacht fällt, wird selbstverständlich nicht wegen dieser Meldung entlassen, sondern die Firma wird dann bald diesen oder jenen Grund zur Entlassung finden, um den lästigen Maschinenarbeiter los zu werden. Trotz der Revisionen im letzten Winter wurde unbehelligt an Maschinen gearbeitet, die im Freien stehen, so auch in ungenügend und ungeheizten Räumen. Wie lange führen die Maschinenarbeiter schon Beschwerde über dies und jenes, haben aber dabei noch wenig Besserung verspürt. Nach den Revisionen wird wohl, wenn sich Anstände ergeben, nach einigen Wochen in dem betreffenden Betrieb schriftlich angefragt, ob die Mängel beseitigt wären. Selbstverständlich wird dann der Berufsgenossenschaft die Mitteilung, daß jetzt alles in Ordnung sei. Würde aber der Beamte persönlich nachsehen, fände derselbe den alten Schlendrian wie zuvor. Sehr wenige Betriebe sind in Stuttgart vorhanden, die den Anforderungen der Gewerbeordnung nach § 120a entsprechen und die im Interesse ihrer Arbeiter das Nötige dazu beitragen, die Mängel zu beseitigen. Speziell sind es die kleineren Betriebe, wo genügend Mißstände zu finden sind, aber es soll hier nicht gesagt sein, daß in den großen Betrieben keine Mängel vorhanden wären. Auch unsere Kollegen Schreiner sollten doch einmal in sich gehen und nicht immer an die Maschinen stehen und ihre Arbeit selbst daran fertigen, wenn selbständige Maschinenarbeiter dazu angestellt sind, wenn der eine oder andere Maschinenarbeiter wegen Arbeitsmangel aussetzen muß oder entlassen ist. Kollegen allesamt, helft unsere Mißstände beseitigen, wenn auch das Akkordsystem manches mit sich bringt, das dem einen oder anderen unangenehm ist. Schwer zu leiden haben die gesamten Holzarbeiter Stuttgarts unter dem Vizemeistersystem. Gewöhnlich sind die Vize zuvor in demselben Betrieb an der Bank gestanden und hatten Vertrauensposten von ihren Kollegen im Verband. Wie von ihnen die Kollegialität gewahrt wird, das wissen unsere Kollegen zu würdigen. Wäre bessere Einigkeit und Solidarität vorhanden, dann wären in den Stuttgarter Betrieben sicherlich nicht die Hälfte der Mißstände zu finden, wie es jetzt der Fall ist. Wenn das Akkordsystem manchmal den einen oder anderen Maschinenarbeiter reizt, soll es dennoch nicht vorkommen, daß sich der Maschinenarbeiter hinreißen läßt und handgreiflich wird. Kollegen, jeder will leben und muß sehen, daß er sich und die Seinigen zu ernähren imstande ist. Nicht der Kollege Schreiner allein ist schuld, sondern die schlechten Akkordsätze und das Antreiben, welches von den Werkführern speziell bei den Akkordarbeitern vorgenommen wird, demzufolge der Schreiner, ohne sich dessen bewußt zu sein, vom Maschinenarbeiter als sein Bedrücker angesehen wird. Kollegen, wahrt die Kollegialität und kämpft Schulter an Schulter, sämtliche Mißstände gemeinsam zu beseitigen.

-l- Stuttgart.

Literarisches.

Großstadtdokumente im prägnantesten Sinne des Wortes bieten zwei neuerschienene Bände in der gleichnamigen, von Hans Ostwald herausgegebenen Kollektion, nämlich **„Die Gurgel von Berlin"** von dem bekannten Charlottenburger Arzt Dr. Magnus Hirschfeld und **„Sittlichkeitsdelikte der Großstadt"** von dem nicht minder bekannten Berliner Rechtsanwalt Dr. jur. J. Werthauer. Dr. Hirschfeld zeigt sich in seinem neuesten Buch wieder ebensosehr als gründlicher Soziologe wie als feinsinniger Essayist. Er schildert auf Grund jahrelanger Vorstudien und Verarbeitung außerordentlich reichen statistischen Materials sozusagen die trinkende, trunkene und betrunkene Großstadt. Er geht den Ursachen und Wirkungen des Alkoholismus in physiologischer, medizinischer, volkswirtschaftlicher und kultureller Hinsicht bis in die letzten Wurzeln und Ausläufer nach und kommt zu einer Reihe von bedeutungsvollen Resultaten, die nicht nur für die Beurteilung der Verhältnisse in der deutschen Reichshauptstadt, sondern für die großstädtische Entwicklung überhaupt von weittragendem Interesse sind. Besonders verblüffend sind die Ergebnisse seiner Untersuchungen in den Kapiteln seines Buches, wo er den Zusammenhang zwischen Alkoholismus und Geschlechtsleben entwickelt. In gewissem Sinne eine Ergänzung und Fortsetzung der Hirschfeldschen Untersuchungen findet man in dem Dr. Werthauerschen Buch über „Sittlichkeitsdelikte der Großstadt". Der bekannte Berliner Verteidiger zeigt sich hier auf psychologischem und volkswirtschaftlichem Gebiet ebenso beschlagen wie auf juristischem und kriminalistischem. Die Themata, die er in seiner allgemein verständlichen, scharfen und lichtvollen Schreibart behandelt, sind infolge der entsetzlichen sexuellen Ausschreitungen, die sich besonders in unseren Großstädten in letzter Zeit immer mehr gehäuft haben, ganz besonders aktuell geworden, und es ist sowohl dem Werthauerschen als auch dem Hirschfeldschen Buch besonders in allen Kreisen, die sich mit Volkswirtschaft und Politik befassen, insbesondere aber bei allen, denen das Volkswohl am Herzen liegt, bei Erziehern und Eltern in Großstädten eine möglichste Verbreitung zu wünschen. Beide Bände sind im Verlag von Hermann Seemann Nachfolger, Berlin NW 87, zum Preise von je 1 Mk. erschienen.

Briefkasten.

* Infolge Raummangels mußten Eingesandts der Kollegen Koch-Stuttgart und Müller-Brand bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Scherrebeck. H. B. Der Bericht ist so konfus geschrieben, daß es uns nicht möglich ist, uns daraus einen Vers zu machen. Wir ziehen es deshalb vor, von einer Veröffentlichung dieses Berichtes abzusehen.

Leubsdorf. A. L. Deine Korrespondenz wird, weil nicht abgestempelt, nicht abgedruckt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse
der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, ausschließlich aller Berg- und Erdarbeiter
(E. H. 3 in Hamburg).

Der Vorstand beruft auf Grund von § 23 Ziffer 1 des Statuts die 20. Generalversammlung auf den 21. Juli 1908 und die folgenden Tage nach Dresden ein.

Tagesordnung:

1. Bericht der Mandatsprüfungskommission. 2. Berichte: a. des Ausschusses, b. des Vorstandes, c. des Hauptkassierers, d. des Schiedsgerichtes, e. der Kassenprüfungskommission. 3. Statutenänderung. 4. Wahl einer Haushaltungskommission. 5. Bericht und Beschlußfassung über eingegangene Beschwerden. 6. Wahlen: a. des Sitzes und der Mitglieder sowie Ersatzmänner für den Ausschuß, b. des Vorstandes, dessen Ersatzmänner und der Bureaubeamten, c. des Schiedsgerichtes und Ersatzmänner für dasselbe, d. der Hauptkassenrevisoren und deren Ersatzmänner. 7. Erledigung sonstiger Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand J. A.: G. Blume, Vorsitzender.

Vertreterversammlung der Sterbekasse für Frauen von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter in Hamburg in der Woche ab 21. Juli 1908 in Dresden.

Tagesordnung:

1. Vorstands- und Kassenbericht.
2. Kassenprüfungsbericht.
3. Satzungsänderung und Erledigung sonstiger Anträge.
4. Wahl des Vorstandes und dessen Ersatzmänner.
5. Wahl von zwei Revisoren.

Der Vorstand. J. A.: G. Blume, Vorsitzender.

Den Verwaltungen zur Mitteilung, daß die Jahresabrechnungen an alle Verwaltungsstellen versandt sind. Im Falle des Nichteintreffens wollen die betreffenden Orte bei der Hauptverwaltung reklamieren. Der Obige.

Kollegen, abonniert das „Fachblatt für Holzarbeiter".

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Ettling, Liebfrauenstraße 37. Geöffnet morgens von 9—12 Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr. Umschauen verboten.

Siegen. Bevollmächtigter H. Böhmer, Oberstraße 20. Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt im Verkehrslokal Josef Braach, Marienbronnerstraße 5. Daselbst Arbeitsnachweis.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eitner, Schwalbacherstraße 7 I. Stb. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12—1 Uhr.

Michael Brenner, Buchn. 241004, wird ersucht, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Herne gegenüber nachzukommen.
Fr. Hofe, Bevollmächtigter.

Leo Patolla, Schreiner, geb. 4. April 1879 zu Oppeln, Ober-Schlesien, ist unter Mitnahme von 74 Beitragsmarken und den unten bezeichneten sechs Mitgliedsbüchern von hier abgereist. Kollegen, welche ihn antreffen, werden ersucht, uns sofort Mitteilung zu machen. Die Mitgliedsbücher der Kollegen

Hermann Albertz,	Buchn.	211056
Ernst Diedrich,	„	370306
Christian Brandau,	„	308256
Jakob Reutter,	„	346384
Heinrich Rothermel,	„	374673
Heinrich Reinders,	„	403364

sind anzuhalten und an uns einzusenden.
Die Lokalverwaltung der Zahlstelle Duisburg (Rhein), Friedrich-Wilhelmstraße 76.

Otto Schulz, Tischler aus Guben, Buchn. 77498, teile mir Deine Adresse mit. Die Kollegen werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.
W. Neumann, Paderborn, Martenplatz 10.

1—2 jüngere Tischler erhalten sofort oder in vierzehn Tagen dauernde Stellung auf Fenster, Treppen und Türen bei hohem Verdienst.
H. Sauthoff, Bau- und Möbeltischlerei
Dielmissen in Braunschweig.

Tüchtiger Furnierer

für Sofa- und Ausziehtische gesucht. Dauernde Stellung.
Andr. Stauch, Tischfabrik
Gelsenkirchen.

Welcher Kollege würde einem **Säger,** der im Schärfen, im Ausrichten von Kreis- und Gattersägen durchaus erfahren ist, **Stellung** als Sägenschärfer oder auf Horizontalgatter **zuweisen.** Werte Angebote unter **H. S. 122** befördert die Expedition dieses Blattes.

Gesucht ein tüchtiger
Leistengrundierer
nach **Zürich** (Schweiz). Zu erfragen bei
Karl Warthmann, Zentralstraße 138
Zürich III, Schweiz.

Ein gewandter **Kreisraspler und Fassoneur** und ein **Stockbieger** sofort gesucht.
Süddeutsche Stockfabrik
Gebr. Marschall, Mannheim.

Tüchtige **Drechsler** und **Kreisraspler** auf Schirmgriffe sofort gesucht.
Aug. Wagenbruch, Horndrechslerei mit elektrischem Betrieb, **Gräfrath** b. Solingen.

Gestell- und Bambus-Arbeiter

sucht sofort **Josef Scholz**
Liebertwolkwitz bei Leipzig.

Tüchtiger, jüngerer **Korbmacher** auf großgeschlagene Arbeit, meist Reisekörbe, findet sofort oder später dauernde Stellung. Kost und Logis auf Wunsch im Hause.
Ernst Hofmann, Korbmachermeister
Weferlingen bei Magdeburg.

Ein oder zwei **Korbmacher** finden dauernde, gut lohnende Beschäftigung per sofort.
Joh. Friedrich, Frankfurt a. M.
Rotlinstraße 40.

Gesucht einige **Korbmacher** auf Mattarbeit.
Ludw. Behsen, Trittau i. Holstein.

Korbmacher
auf Gestellarbeit sucht
J. Walterscheid, Wittenberge
Bezirk Potsdam, Wahrenbergerstraße 36.
Ebendaselbst findet auch ein **Korbmacher auf Reisekörbe** dauernde Beschäftigung.

Ein Korbmachergehilfe auf Geschlagen für sofort gesucht.
F. Scheller, Korbmachermeister, **Einbeck.**

Gesucht ein **Korbmachergehilfe** auf Rohr und Geschlagenes.
Ernst Kügler, Ingolstadt.

Zwei tüchtige **Hölzerschneider** finden dauernde Arbeit bei
Gustav Lehmann, Pantinenfabrik
Neu-Welzow, N.-Lausitz.

Abziehsteine

in nur bester Qualität, fein, mittel und grob ziehend, billig, liefert
Otto Bergmann, Berlin SO. 33
Oppelner-Strasse 31.
à 50 Pf., 80 Pf., 120 Pf., 200 Pf.
Jeder verlange Kataloge gratis.

Angebot für Verbandsmitglieder

° ° °

Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften.
Von Adolf Braun.

Wir sind in der Lage, diese im Verlag von Dietz Nachf. in Stuttgart erschienene, äußerst wertvolle Broschüre unsern Mitgliedern zu einem billigen Vorzugspreis zu liefern, und zwar broschiert zu 40 Pf., gebunden zu 60 Pf. pro Exemplar. Porto 10 Pf. pro Exemplar extra.

Handbuch für die Verbandsfunktionäre.

Anleitungen für die Praxis der Geschäftsführung im deutschen Holzarbeiter-Verband. Preis kartoniert 50 Pf., gebunden 80 Pf., Porto 20 Pf. pro Exemplar.

Almanach für das Jahr 1908.

Von dem Almanach ist noch ein kleiner Vorrat vorhanden. Preis 50 Pf., Porto 10 Pf. pro Exemplar.

Wir bitten um baldige Bestellungen.

Der Verbandsvorstand.
Stuttgart, Adler-Straße 43.

Der fachwissenschaftliche Unterricht von
technischen Fachschulen ist bis ins kleinste nachgeahmt in den Selbstunterrichtswerken
D. Bauschreinerschule, D. Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Polierschule, Holzbildhauerschule, System Karnack-Hachfeld. Glänzende Erfolge. Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtssendungen bereitwilligst.
Bonness & Hachfeld, Potsdam-R. 1.

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden.

Bei Nachnahmesendungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr.

Wir bitten, den Betrag bei der Bestellung mit einzusenden, in diesem Falle wird die Gebühr für die Nachnahme erspart.

Das Beizen und Färben des Holzes von W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Barmen. Zweite Auflage. (Kleine Ausgabe.) 83 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk.

Das Beizen und Färben des Holzes verbunden mit „Wasserfeste und waschechte Holzbeizen" von W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Barmen. Fünfte, verbesserte und bedeutend erweiterte Auflage. (Große Ausgabe.) 174 S. Preis broschiert 3 Mk., mit Porto 3,20 Mk. — **Moderne Farben auf Holz,** eine Musterkarte mit 160 Farbentönen (Beizungen). Supplement zur vorstehenden fünften Auflage. Preis 5,50 Mk., mit Porto 5,70 Mk.

Das Schleifen, Beizen und Polieren des Holzes, Elfenbeins, Hornes, der Knochen, des Meerschaums, der Perlmutter, des Bernsteins und Zelluloids. Von W. Schmidt. Achte Auflage. 254 S. Preis 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Der Tischler-Lehrling von Josef Eisenach. Praktischer Ratgeber für die Lehrzeit nebst Anleitung zur Gesellenprüfung. 58 S. Preis 50 Pf., mit Porto 60 Pf.

Die Tischlerschule von Chr. Schröder. Neu bearbeitet von Aug. Graef. Leichtverständliche Darstellung der wichtigsten theoretischen und praktischen Kenntnisse des Bau- und Möbeltischlers. Textbuch 194 Seiten und Atlas mit 16 Foliotafeln. Preis broschiert 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der praktische Möbelschreiner. Mit 151 Illustrationen und 2 Werkzeichnungen. 152 S. Von Robert Bücheler, Vorsteher der Schwäbischen Handwerkerschule in Stuttgart. Preis 4,50 Mk., mit Porto 4,70 Mk.

Buchführung, Wechselkunde und Kalkulation des Bau- und Möbelschreiners. In Fragen und Antworten nebst ausgeführtem Musterbeispiel. Von Professor Dr. H. Zwiesele, Leiter der Unterrichtskurse der Kgl. württbg. Zentralstelle für Gewerbe und Handel. 120 S. Preis 1,50 Mk., mit Porto 1,70 Mk.

Der Modelltischler von Fr. W. Hesse, Modelltischler. Mit 313 Textabbildungen. 164 S. Preis gebunden 5 Mk., mit Porto 5,20 Mk.

Moderne Möbel. Ausgewählte Vorlagen für die Ausstattung von Wohnräumen im Stile der Neuzeit. Von Max Graef. 26 Foliotafeln, 8 Tafeln mit Werkstattzeichnungen und erklärendem Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Dorfschreiner von A. u. M. Graef. 24 Tafeln und 6 Werkstattzeichnungen mit Text. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Landtischler von A. Graef. Entwürfe zu einfachen Möbeln. Dritte, vollständig neubearbeitete Auflage. 26 Foliotafeln und 8 Werkstattzeichnungen in natürlicher Größe. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Illustriertes Katalog von Paul Horn. Anleitung zum Polieren, Beizen, Mattieren, Lackieren usw. 130 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk.

Der Buchhaltungs-Meister von Paul Horn. Leichtfaßliche und gründliche Anleitung zur Einrichtung einer geordneten Buchführung. Preis broschiert 1 Mk., mit Porto 1,10 Mk.

Praktische moderne Möbel, Zimmereinrichtungen in Perspektive gezeichnet an der Süddeutschen Schreinerfachschule in Nürnberg. Selbstverlag von Direktor von Karl Maibaum in Nürnberg. In Mappe. Preis 12,50 Mk., mit Porto 12,80 Mk.

Möbel im Jugendstil von M. Graef. 26 Foliotafeln nebst erklärendem Text und 8 Tafeln mit Werkstattzeichnungen. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Moderne Bautischlerarbeiten v. Ernst Sertha, Architekt. 24 Tafeln mit erläuterndem Text. Preis broschiert 6 Mk., mit Porto 6,30 Mk.

Tore, Türen, Fenster und Glasabschlüsse im Stile der Neuzeit, zum unmittelbaren Gebrauch für die Praxis. Von Paul Mühlau, Architekt. 30 Tafeln mit erklärendem Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Holzbau. Umfassend den Fachwerk-, Bohlen-, Block-, Ständer- und Stabbau. Von Hans Isseel, Architekt und Lehrer an der Baugewerkschule zu Hildesheim. Zweite Auflage. 246 S. Mit 500 Textabbildungen und 15 Tafeln. Preis broschiert 5 Mk., mit Porto 5,30 Mk.

Der innere Ausbau. Umfassend Türen und Tore, Fenster und Fensterverschlüsse, Wand- und Deckenvertäfelungen, Treppen in Holz, Stein und Eisen. Von Professor Adolf Opderbecke, Direktor der Anhaltischen Baugewerkschule zu Zerbst. Zweite Auflage. 214 S. Preis broschiert 5 Mk., mit Porto 5,30 Mk.

Die Expedition der Holzarbeiter-Ztg.

Laubsägerei * * * *
Zur **Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei** liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Maxdorf 95 (Pfalz).**
Reichhalt. Katalog gratis u. franko.
Laubsägeholz pro Quadratmtr. von 1 Mark an.

Paul Horn
Politur- und Lack-Fabrik
* Hamburg 23 *

Nach meinem durch
zwei deutsche Reichspatente
geschützten neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt.

Dadurch wird erreicht
eine sofortige Porenfüllung
man **erspart** Material, Zeit, Arbeit
erzielt ::: edlen unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes
vermeidet Gelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird **kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz,** sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.

Es ist **patentrechtlich strafbar,** ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:

1 Flasche	Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren	
1 „	Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren	
1 „	Patent-Politur zum Reinpolieren	
1 „	allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond zum Ausziehen von Kehlleisten usw.	
1 „	allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond, (Stuhllack, Drechsler-, Bildhauerlack)	
1 „	Schleif- und Polieröl, gelblich [nol"	
1 Dose	Porenfüllpulver, feinste Marke „Hor-	
1 „	Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono"	
1 „	Bimsstein-Polierpulver, hellnußbraun	
1 Tube	Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, z. Auskitten schadhafter Holzstellen	
1 Stück	Korkschleifklotz, 120×75×30 mm	

zum Ausnahme-Preis von **8 Mk.** franko inkl. Emballage gegen Nachn.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.

Bei Bestellungen genügt die Angabe:
1 Postkollo zum Versuchspolieren à **8 Mk.**

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.

Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Th. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor Jos. Gossmann-München.

Preis M. 1.50. Bei Auftragerteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Fortschritte der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mk.

Solidaritäts-Bleistifte u. Massstäbe
von **Jean Blos, Stein-Nürnberg.**

Tischler-Fachschule.
Zeichner, Werkführer, Meister.
Neustadt i. Meckl.
Staatlich subv. Progr. kostenlos

DETMOLD ◇ GRÖSSTE
TISCHLER-FACHSCHULE
Programm frei. *Direktor* **Reineking.**
Selbstunterrichtswerke *für Tischler*
versendet Direktor Reineking, Detmold.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg Kirchenweg 14. ● Erstklassige Lehranstalt. ◇ Dir. Carl Maibaum. ◇

Hobelbänke

für **Tischler, Stellmacher u. Bildhauer** offerieren billig. Werkzeugfabrik m. Dampfbetrieb
Gebr. Haase, G. m. b. H., Liegnitz, Schles.
Katalog gratis. Vertreter gesucht.

Für Schreiner!

Neu. mod. Möbelw., ca. 60 Zim. m. 800 Skizz., 1—10farb. Räumungshalb. f. **3** Mk. abzugeb.
Paul Noack, Düsseldorf, Heimstr. 22.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"

Sitz: Offenbach a. M. **Gegründet 1896**

Mitgliederzahl 90000

Der **Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität"**, welcher sich über ganz Deutschland, die Schweiz und einen Teil Oesterreichs erstreckt und die grösste radsportliche Organisation ist, bietet seinen Mitgliedern für ein **Eintrittsgeld von 60 Pfg. und einen Monatsbeitrag von 20 Pfg.** folgendes:

1. Das monatlich zweimal erscheinende Bundesorgan: **„Der Arbeiter-Radfahrer".**
2. **Unfall-Unterstützung** und zwar im ersten Jahre der Mitgliedschaft 1 Mk., im zweiten Jahre 1,25 Mk. und im dritten Jahre 1,50 Mk. pro Tag für die Dauer von 13 Wochen, für Rad- und Motorrad-Unfälle. Bei Unfällen mit tötlichem Ausgang 50 Mk., und nach einer einjährigen Mitgliedschaft 100 Mk.
3. **Sterbe-Unterstützung** nach einer einjährigen Mitgliedschaft an die Hinterbliebenen 50 Mk.
4. **Gewährung von Rechtsschutz,** in Fällen, welche für das Radfahrerwesen von Bedeutung sind.
5. **Zollfreie Ueberschreitung der Grenzen** nach allen Ländern für Rad- und Motorfahrer.
6. **Wegekarten** für Rad- und Motorfahrer werden an die Bundesvereine gratis sowie an die Mitglieder zu ermässigten Preisen abgegeben.

Alle Sportsgenossinnen und -genossen, welche unserem Bunde noch fernstehen, fordern wir auf, sich unserem Bunde als Mitglieder anzuschliessen. **Tretet ein in die Reihen eurer Klassengenossen, in den Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität".**

Alle Zuschriften resp. Meldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle:

Karl Fischer, Offenbach a. M., Bismarckstrasse 32.

Verlag von Theodor Leipart in Stuttgart.
Druck von Paul Singer in Stuttgart.